

---

Jan Foitzik, geboren 1948 in Sandau/Schlesien, Dr. phil. M. A., Politologe/Historiker, 1976–1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München, 1977–1993 am Arbeitsbereich DDR-Geschichte der Universität Mannheim, seit 1994 an der Außenstelle Potsdam bzw. Berlin des Instituts für Zeitgeschichte München. Zahlreiche Veröffentlichungen, insbesondere zur deutschen Nachkriegsgeschichte sowie zur Geschichte des internationalen Kommunismus. Mitherausgeber des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung.

---

Akademie Verlag

**Jan Foitzik**  
**Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)**  
**1945–1949**

Quellen und Darstellungen zur  
Zeitgeschichte  
Herausgegeben vom Institut für  
Zeitgeschichte

Band 44



Akademie Verlag

Jan Foitzik

---

Sowjetische  
Militäradministration  
in Deutschland (SMAD)  
1945–1949

Struktur und Funktion



Akademie Verlag

Abbildung auf dem Schutzumschlag:  
Dienstszitz des Obersten Chefs der SMAD in Berlin-Karlshorst,  
Ecke Rheinsteinstraße/Zwieseler Straße  
Quelle: Bundesarchiv Koblenz E 406/22/29

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Foitzik, Jan:**

Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) : 1945 – 1949 ;  
Struktur und Funktion / Jan Foitzik. – Berlin : Akad. Verl., 1999  
(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; Bd. 44)  
(Eine Publikation des Instituts für Zeitgeschichte im Akademie Verlag)  
ISBN 3-05-002680-4

© 1999 Akademie Verlag GmbH, Berlin  
Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der R. Oldenbourg-Gruppe.

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München  
Satz: Dörlemann Satz, Lemförde  
Druck: WB-Druck, Rieden  
Bindung: Norbert Klotz, Jettingen-Scheppach

Printed in the Federal Republic of Germany

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	9
Einleitung . . . . .	13
1. Arbeitsziele. . . . .	13
2. Quellenlage . . . . .	19
I. Vorgeschichte . . . . .	31
1. Völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	31
2. Institutionen der sowjetischen Nachkriegsplanung . . . . .	35
3. Überlegungen zur Besatzungsorganisation . . . . .	40
4. Vorbereitung für die Besatzungsverwaltung. . . . .	44
II. Besetzung . . . . .	49
1. Kriegsende . . . . .	49
2. Deutsche und Russen . . . . .	52
3. Besatzungsorganisation . . . . .	75
4. Erste Probleme der Besatzungsverwaltung . . . . .	88
Repatriierung, Vertreibung, Deportationen . . . . .	88
Truppenversorgung und Kriegsbeute . . . . .	92
III. Organisationsstruktur . . . . .	97
1. Zentrale Einrichtungen . . . . .	97
Kriegsrat . . . . .	114
Entwicklung der Führungsgremien . . . . .	118
Positionsinhaber . . . . .	124
2. Funktionale Organisationsstruktur . . . . .	140
Zentralverwaltungen. . . . .	140
Vertikale Funktionsstruktur . . . . .	147
3. Territoriale Gliederung. . . . .	149
Landesverwaltungen . . . . .	149
Bezirkkommandanturen . . . . .	153
Kreis-, Rayon- und Ortskommandanturen . . . . .	155
Sondereinheiten der SMAD. . . . .	156
4. Sonderorganisationen . . . . .	158
WKP(B) und Komsomol in der SMAD. . . . .	158
Sicherheitsapparat . . . . .	161

Internierungslager des NKWD/MWD . . . . .	167
Apparat des Bevollmächtigten des Besonderen Komitees für Deutschland beim GOKO/beim Ministerrat . . . . .	177
Verwaltung für sowjetisches Vermögen in Deutschland . . . . .	180
Wismut SAG. . . . .	184
Sowjetische Handelsgesellschaften . . . . .	186
Sonderverwaltungen . . . . .	187
Exkurs: Entnahmen durch die Besatzungsmacht . . . . .	187
Technische Büros. . . . .	191
Sowjetisches Nachrichtenbüro der SMAD . . . . .	192
Antifa-Schulen . . . . .	195
Massenkommunikationsmittel . . . . .	197
Verlag der SMAD . . . . .	200
5. Personalpolitik . . . . .	202
6. SMAD als Arbeitsplatz . . . . .	214
IV. Führungsstruktur und Kommunikation . . . . .	219
1. Externe Führungsstruktur . . . . .	219
Rechtsquellen der SMAD . . . . .	219
Politische Führungsinstanzen . . . . .	227
Kompetenzdiffusion . . . . .	242
2. Externe Kommunikation und Kontrolle. . . . .	254
3. Politische Koordination . . . . .	266
4. Interne Führungsstruktur . . . . .	278
Allgemeine Grundsätze der militärischen Führung . . . . .	278
Innere Dienstordnung . . . . .	279
Vorschriften über den Grenzübertritt . . . . .	287
Geheimhaltungsvorschriften. . . . .	288
5. Interne Kommunikation . . . . .	291
Kommunikationstechnik . . . . .	291
Spezifika der internen Kommunikation . . . . .	297
Interne Kontrolle. . . . .	300
V. Wirkungsmechanismen . . . . .	301
1. Befehlsorganisation . . . . .	301
Befehlsformen . . . . .	301
Schriftliche Befehle. . . . .	304
Befehlskollationierung . . . . .	307
Befehlsverteilung . . . . .	309
Befehlsform und Befehlswille . . . . .	313
Dirigismus und Interventionismus: Weitere Formen der Willensübertragung . . . . .	314
2. Kontrolle . . . . .	317

3. Informationsmonopol . . . . .	324
4. Zensur . . . . .	326
VI. Außenwirkung . . . . .	331
1. Wiederherstellung der deutschen Selbstverwaltung. . . . .	331
2. Deutsche Zentralverwaltungen als Organe der Besatzungsmacht. . . . .	342
3. Permanenter Verfassungsnotstand. . . . .	347
4. Der Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947. . . . .	365
5. SED als Koordinierungsinstanz . . . . .	372
6. Deutsche Wirtschaftskommission . . . . .	384
7. „Extralegale Intervention“ . . . . .	392
8. „Gemischtes System“ . . . . .	397
9. Deutscher Einfluß . . . . .	404
10. Exkurs: Ergebnisse der Personalpolitik von SMAD und KPD/SED im öffentlichen Dienst. . . . .	410
VII. Zusammenfassung . . . . .	423
Anhang . . . . .	435
I. Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland/Sowjetischer Teil . . . . .	435
1. Koordinationskomitee . . . . .	435
2. Directorate . . . . .	435
3. Hilfsapparat . . . . .	438
II. Sowjetische Militäradministration in Deutschland . . . . .	439
1. Kommando . . . . .	439
2. Fachstruktur . . . . .	442
3. Territorialstruktur . . . . .	450
Berlin. . . . .	450
Brandenburg . . . . .	452
Mecklenburg . . . . .	453
Sachsen. . . . .	454
Sachsen-Anhalt . . . . .	455
Thüringen . . . . .	455
III. Kurzbiographien . . . . .	456
IV. Quellen und Literatur. . . . .	482
1. Forschungsstand . . . . .	482
2. Archive . . . . .	494
3. Amtliche Drucksachen. . . . .	497



4. Dokumentationen . . . . .	497
5. Zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften . . . . .	500
6. Wissenschaftliche Zeitschriften . . . . .	501
7. Unveröffentlichte Manuskripte . . . . .	501
8. Literaturhinweise . . . . .	502
V. Personenregister . . . . .	534

# Abkürzungsverzeichnis

ACA	Allied Control Authority = Kontrollrat
ACC	Allied Control Council = Kontrollrat
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AK	Alliierte Kommandantur [von Berlin]
AMGOT	Allied Military Government for Occupied Territories
Antifa	Antifaschismus, antifaschistisch
AsD	Archiv der sozialen Demokratie, Bonn
AWP RF	Archiw wneschnei politiki Rossijskoi Federazii = Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAP	Bundesarchiv, Außenstelle Potsdam (jetzt: Berlin)
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam
BzG	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CIA	Central Intelligence Agency
ČSR	Československa Republika = Tschechoslowakische Republik
DA	Deutschland Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film Aktiengesellschaft
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
Dir.	Direktor
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EAC	European Advisory Commission
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GARF	Gossudarstwenny archiw Rossijskoi Federazii = Staatsarchiv der Russischen Föderation, Moskau
GKO, GOKO	Gossudarstwenny Komitet Oborony = Staatliches Verteidigungskomitee der UdSSR
GlawPUR/ GlawPURKKA	Glawnoje Polititscheskoje Uprawlenije (Rabotsche-Krestjanskoi Krasnoi Armii) = Politische Hauptverwaltung der

	Sowjetischen Armee bzw. bis 1946 der Roten Arbeiter- und Bauernarmee
GRU	Glawnoje Raswednoje Uprawlenije = Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabes
GSOWG	Gruppa Sowetskich okkupazionnych woisk w Germanii = Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland
GUKR	Glawnoje uprawlenije Kontra-raswedki = Hauptverwaltung Abwehr des Generalstabes
GULAG	Glawnoje Uprawlenije Lagerow = Hauptverwaltung Lager
GUR	Glawnoje Uprawlenije Raswedki = Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabes
HO	Handelsorganisation
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
k. A.	keine Angabe(n)
Kominform	Informationsbüro kommunistischer Parteien
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPSS	Kommunistitscheskaja Partija Sowetskowo Sojusa = Kommunistische Partei der Sowjetunion, bis 1952 WKP(b)
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
Ltr.	Leiter
MGB	Ministerstwo/Ministr gossudarstwennoi besopasnosti = Ministerium/Minister für Staatssicherheit (ab 1946, vorher NKGB)
MWD	Ministerstwo/Ministr wnutrennych del = Ministerium/Minister für Inneres (ab 1946, vorher NKWD)
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NKGB	Narodny komissariat Komissar gossudarstwennoi besopasnosti = Volkskommissariat/Volkskommissar für Staatssicherheit (bis 1946, danach MGB)
NKFD	Nationalkomitee „Freies Deutschland“
NKWD	Narodny komissariat/Komissar wnutrennych del = Volkskommissariat/Volkskommissar für Inneres (bis 1946, danach MWD)
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OMGUS	Office of Military Government of the United States in Germany
OMS	Otdel meschdunarodnych swjasei [der Komintern] = Abteilung für internationale Verbindungen
Politbüro	Politisches Büro

PRO	Public Record Office London
PV	Parteivorstand
PURKKA	siehe GlawPURKKA
RSFSR	Rossijskaja Sozialistitscheskaja Federatiwnaja Sowetskaja Respublika = Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
RZChiIDNI	Rossijski Zentr Chranenija i Isutschenija Dokumentow Noweischei Istorii = Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, Moskau
SAG	Sowjetische bzw. Staatliche Aktiengesellschaft(en)
SAPMO BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetisch Besetzte Zone [in Deutschland]
SD	Sicherheitsdienst der NSDAP
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHG	Sowjetische Handelsgesellschaft
SKK/SKKD	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland
SMA/SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
Smersch	Smert schpionam = Tod den Spionen, Abkürzung für GUKR
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SNB	Sowjetisches Nachrichtenbüro
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
SSSR	Sojus Sowetskich Sozialistitscheskich Respublik = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Stawka	Stawka Werchownowo Glawnokomandowanija Krasnoi Armii = Hauptquartier des Obersten Kommandos der Roten Armee
SWA/SWAG	Sowetskaja Wojennaja Administracija w Germanii
TASS	Telegrafnoje Agenstwo Sowetskowo Sojusa = Presseagentur der Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WKP(B), WKP(b)	Wsessojusnaja Kommunistitscheskaja Partija (bolschewiki) = All-Unions-Kommunistische Partei (Bolschewiki), ab 1952 KPdSU
WOKS	Wsessojusnoe Obschtschestwo Kulturnych Swjasei s saganizei = All-Unions-Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland

ZChSD	Zentrum Chranenija Sowremennoi Dokumentazii = Zentrum für die Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumente, Moskau
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
ZVOBl.	Zentralverordnungsblatt

# Einleitung

## 1. Arbeitsziele

Die Bedeutung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) als eines nach Völkerrecht mit der treuhänderischen Verwaltung der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) beauftragten Organs der Regierung der UdSSR stand lange in einem Mißverhältnis zu der Aufmerksamkeit, die ihr Historiker widmeten<sup>1</sup>. Daß sich nach Öffnung früher verschlossener Archive die Situation nicht grundlegend änderte, weist sicherlich auch auf mit dem Thema verbundene Schwierigkeiten methodischer Art hin. Der Versuch, eine Organisation, deren Selbstdarstellung und Fremdwahrnehmung ein wichtiges Element ihrer Wirkung war, in einzelne Bestandteile zu zerlegen, um reale Strukturen und Funktionen zu demonstrieren, war eine Herausforderung besonderer Art. Er schafft vielfachen Erklärungsbedarf.

Ausgangspunkt der Überlegungen bildet der Konsens darüber, daß die SMAD eine komplexe und differenzierte Organisation gewesen ist, die gleichzeitig mehrere, miteinander nicht immer vereinbare Ziele verfolgte. Einigkeit herrscht in der Forschung auch in dem Punkt, daß in der Politik der SMAD bzw. unmittelbar in der sowjetischen Deutschlandpolitik ein Zielwandel stattgefunden hat – umstritten ist lediglich der genaue Zeitpunkt. Diese Erklärungslücke hinsichtlich des wiederholt konstatierten Zielwandels wird hier aber nicht auf der Grundlage der Theorie von einem Gruppen- oder Zielkonflikt innerhalb der sowjetischen oder der SMAD-Führung als Durchsetzung einer Gruppe mit ihrer besonderen Zielsetzung interpretiert, sondern als eine durch organisationsstrukturelle Faktoren bedingte Schwerpunktverlagerung, als eine allgemeine Zielverschiebung infolge einer Konzentration der Gesamtorganisation auf eine Aufgabe, die vorher nur als Teilaufgabe definiert war.

Hier erscheint ein erklärender Rückgriff auf die organisationssoziologische Forschung angebracht, insbesondere auf den von Robert K. Merton entwickelten Begriff der „latenten Funktion“. Danach kann zweckorientiertes Handeln Folgen oder Nebenwirkungen haben, die weder beabsichtigt noch vorhersehbar sind. Solche – tagtäglich verifizierbaren – Folgen entstehen vor allem in einer Organisation, in der eine Vielzahl von Teilen in komplexer Wechselwirkung miteinander verbunden ist, so daß eine ursprünglich in zweckvoller Absicht vorgenommene Veränderung eines Organisationselements eine Kette fortwirkender Veränderungen in anderen Organisationsteilen nach sich zieht. Unbeabsichtigte Folgen ergeben sich also aus der Vielfalt der beteiligten Fak-

<sup>1</sup> Vgl. den Bericht zum Forschungsstand im Anhang, IV.

toren, wobei ungenügende Einsicht in die Verfahrenskomplexität, Fehlperzeption oder Orientierungslosigkeit nur einige von vielen möglichen Ursachen anzeigen. Solche latenten Funktionen können zur Folge haben, daß das, was ursprünglich nur Mittel zum Zweck war, so verfolgt wird, als wäre es der eigentliche Organisationszweck: Eine Handlungsfolge übrigens, die auch dann eintreten kann, wenn Teilaufgaben nicht genau definiert sind<sup>2</sup>.

Vorgestellt wird die SMAD also als eine komplexe Großorganisation, deren Leistungen nicht nur durch an sie delegierte oder durch selbstgestellte Ziele determiniert waren, sondern ebenso durch ihre formale Organisation wie ihre interne Struktur und Kommunikation. Mit ihrer apparativen Schwerkraft wirkte die SMAD in einer dynamischen Umwelt, woraus sich zahlreiche weitere Rück- und Wechselwirkungen sowohl hinsichtlich ihres Selbstverständnisses wie ihrer Funktion ergaben. Die Entstehung der DDR stellt sich vor diesem Hintergrund in letzter Konsequenz als strukturell-immanentes Resultat und als objektiv unvermeidbare Folge der Organisation der sowjetischen Deutschlandpolitik dar.

Solche Überlegungen sind nicht unbedingt neu; schon in seiner monumentalen Darstellung „Vom Reich zur Bundesrepublik“ hat Hans-Peter Schwarz festgehalten, daß die Sowjetunion 1949 der „Verlierer im großen Spiel um Deutschland“ gewesen sei<sup>3</sup>. Im Zentrum unseres Interesses stehen aber nicht der organische Strukturdefekt oder der Zusammenhang zwischen externem und internem Organisationsverhalten in der sowjetischen Politik, sondern ihre Verfahrensweisen im Hinblick auf ihr Produkt – die SBZ/DDR. „Der Zeitraum 1945–1949 war in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) [...] nicht nur eine Zwischenphase, vielmehr formierten sich schon 1945/46 ansatzweise unterschiedliche politische und gesellschaftliche Systeme, bevor ab 1948 auch über die Teilung Deutschlands und die Herausbildung zweier deutscher Teilstaaten [...] entschieden wurde“, resümierten 1990 Martin Broszat und Hermann Weber. Sie fahren fort: „Die Besatzungszeit bis 1949 war im wesentlichen schon konstitutiv für die Ausformung der späteren Verfassungswirklichkeit der DDR.“<sup>4</sup>

Indem eine Reihe organischer und funktionaler Faktoren der sowjetischen Besatzungspolitik benannt wird, soll zum einen ein Beitrag zu einer genaueren

<sup>2</sup> Dieses auf die Gesamtorganisation bezogene Modell dient vornehmlich der Darstellungstransparenz und trägt insbesondere der Tatsache Rechnung, daß sich in der Wissenschaft weitgehend die Meinung durchsetzte, daß die SBZ-Geschichte aus zwei Phasen bestand. Wie gezeigt wird, muß nicht notwendigerweise von einer Schwerpunktverlagerung ausgegangen werden, sondern lediglich von einer Schwerpunktbildung oder Schwerpunktprofilierung.

<sup>3</sup> Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied und Berlin 1966, S. 260–269.

<sup>4</sup> Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.) : SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1990, S. 1.

Strukturierung dieser Gesamtentwicklung geleistet werden, zum anderen wird angestrebt, interne Funktionszusammenhänge freizulegen, um mit größerer Präzision als bisher Detailprozesse in der sowjetischen Besatzungspolitik in Deutschland beschreiben oder wenigstens damit verbundene Probleme benennen zu können. Wenn dadurch einige der vielen Kontroversen, die sich um „das Geschichte“ der doppelten deutschen Nachkriegserfahrung ranken, auf ihre reale ereignisgeschichtliche Bedeutung reduziert werden könnten, wäre bereits einiges gewonnen. Der heillose Glaubenskrieg z. B., ob nun die Sowjetunion Deutschland spalten wollte oder nicht, ob die Sowjetunion die SBZ ab 1945 oder erst ab 1947/48 „sowjetisiert“<sup>5</sup> habe, ob es in diesem Zusammenhang etwa Entfaltungsmöglichkeiten für inländische demokratische Potentiale gegeben habe – nicht nur in den sogenannten Blockparteien, sondern insbesondere auch in der KPD/SED oder in der deutschen „Intelligenzija“. – Wenn gleich an dieser Stelle die quellengesättigte Untersuchung von Stefan Creuzberger genannt wird, die abermals minutiös bestätigt, daß das von der Besatzungsmacht abhängige und durch sie kontrollierte politische System in der SBZ schon 1946/47 in den Grundzügen implementiert war<sup>6</sup>, dann vor allem auch deshalb, um auf ein Mißverständnis aufmerksam zu machen, das nur davon lebt, daß es nicht laut ausgesprochen wird: „Sowjetisierung auf Befehl“ schließt methodisch die „Abwicklung auf Befehl“ ein. Der Befehlszwang ist kein hinreichendes Kriterium.

Im Vordergrund der Arbeit stehen also Organisations- und Verfahrensaspekte des Wirkens der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland im Zeitraum von 1945 bis 1949. Im ersten Kapitel werden Voraussetzungen, Umfang und Begleitumstände der Tätigkeit der SMAD skizziert – einschließlich des vorgefundenen, in ursprünglichem Sinn demokratischen Potentials. Diese Faktoren wirkten unmittelbar auf das Organisationsverhalten der SMAD ein. Hierzu gehört auch die Tatsache, daß das durch den Zweiten Weltkrieg ausgelöste Erdbeben 1949 noch lange nicht zu Ende gegangen war. Nicht nur die SMAD exekutierte in der SBZ ihre Amtstätigkeit: Ihre Autorität stellte die permanente Bedrohung durch eine halbe Million kriegstauglicher Soldaten

<sup>5</sup> Der Ausdruck „Sowjetisierung“ wird in dieser Arbeit lediglich in unspezifischem Sinne zur Beschreibung von Prozessen verwendet, die die machtpolitische Einbeziehung in den sowjetischen Hegemonialbereich, die Umgestaltung des ökonomischen, sozialen und politischen Systems oder kulturell-ideelle Nivellierung nach „sowjetischem Vorbild“ bezweckten. Eine Auseinandersetzung über ein Imitat, das origineller war als das Original, kann hier nicht geführt werden.

<sup>6</sup> Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar u. a. 1996. Siehe auch: „die überwiegende Zahl der Eingriffe [der SMAD hatte] bereits vor der DWK-Bildung am 4. Juni 1947 stattgefunden [...] und die ordnungspolitische Einflußnahme mittels schriftlicher Befehle [hatte] sich bereits vor der Erweiterung der DWK [im Februar 1948] erschöpft“ (vgl. Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und bearbeitet von Jan Foitzik, München u. a. 1995, S. 56).



sicher. Die in ihrer Grundhaltung in Ost und West konstante politische Umwelt stellte schließlich das historische Kontinuum in einem schwierigen Prozeß der demokratischen Selbstbestimmung dar, dessen erste Phase durch völkerrechtlich legitimierte treuhänderische Fremdbestimmung gekennzeichnet war.

Schon wegen vieler dokumentarischer Lücken und nicht weniger offener Detailfragen wird die Organisationsentwicklung unter verschiedenen Aspekten präsentiert, um eine unmittelbare Anschauung von der Fulminanz dieses bürokratischen Kolosses mit einem beweglichen Schwerpunkt wie von der Gravitationskraft seines Eigengewichts zu vermitteln (aber auch, um mittelbar den Popanz und das Imponiergehabe der Besatzungsverwaltung vor Augen zu führen). Es folgen Aussagen über Struktur und Funktion des Steuerungs- und Leistungssystems. Dabei verschiebt sich der Blickwinkel allmählich auf die Außenwirkung und ihre Resultate, die dann im letzten Teil im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Einschränkend sei festgehalten, daß dies vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Einwirkungsmethoden der Besatzungsmacht geschieht und die Entwicklung deutscher Institutionen folglich nicht systematisch behandelt wird. Zwei Exkurse runden das Bild ab: Der erste thematisiert die finanziellen Transferleistungen nach der Sowjetunion. Einige Zahlen zur Personalpolitik sollen im zweiten Exkurs auf blinde Stellen in der Wahrnehmung der Geschichte der SBZ/DDR wie der KPD/SED aufmerksam machen.

Die Gliederung der Stofffülle schuf erhebliche Probleme; den Ausschlag gab letztlich die Feststellung von Clausewitz, daß die „logische Träumerei“ von Systematikern kritisch als primäre Irrtumsursache zu würdigen sei: außer den Realfaktoren kennt der Krieg als dynamische Form von Politik keine abstrakten Gesetzmäßigkeiten. Wenn ich mich insgesamt zurückhaltend zur Gesamtwirkung äußere, dann deshalb, weil der in der SBZ von der SMAD eingeleitete Prozeß 1949 noch keineswegs abgeschlossen war. Auch tauchten Probleme auf, die aus Gründen methodologischer Kompatibilität ein Innehalten geboten erscheinen ließen: Hierzu gehören nicht nur die sich aus der Detailanalyse ergebenden dichten Hinweise auf ein „gemischtes System“, sondern auch der immer wieder an die Oberfläche durchbrechende und mehrfach gebrochene Etatismus der KPD/SED, der einer genauen Verortung bedarf – sowohl in der Perspektive des Staats-Negativismus der KPD in der Weimarer Republik als auch im Kontext des Nachkriegskommunismus.

Wenn auf kommunismusgeschichtliche und deutschlandpolitische Argumentationsmuster sowie den Ost-West-Gegensatz insgesamt nur zurückhaltend rekurriert wird, dann vor allem wegen der Gefahr, daß aus dem bundesdeutschen Demokratieverständnis abgeleitete aposteriorische Elemente den Blick auf genetische Aspekte der SBZ-Entwicklung verstellen können. Zweifellos begleiten artifizielle Affekte jede Form von Besatzungspolitik; allerdings muß das Prinzip, daß der Zweck allein die Mittel nicht heiligt, ein allgemeines bleiben. Zudem ist die historiographische Verortung der sowjetischen Deutschlandpolitik in der Weltpolitik im allgemeinen und der sowjetischen Nach-

kriegspolitik in Ostmitteleuropa im besonderen bislang keineswegs zureichend: Weder der häufig postulierte kategorische, ideologisch begründete Expansionsimperativ noch ein realistisches „risikoscheues Kalkül“ (Andreas Hillgruber) enthalten Hinweise darauf, inwiefern der oft vorausgesetzte hohe Stellenwert Deutschlands in der sowjetischen Nachkriegspolitik real oder lediglich funktionell bestimmt war, ob nicht vielmehr in der sowjetischen Deutschlandpolitik von unterschiedlichen und sich wandelnden Prioritätensetzungen ausgegangen werden muß. Oder mit anderen Worten: Ab wann die sowjetische Nachkriegspolitik als moderne Globalpolitik zu verstehen und wie ihre Deutschlandpolitik in diesem Kontext zu positionieren ist.

In der Darstellung mußten viele Kompromisse gemacht werden. Im Grundsatz wird gleichzeitig deskriptiv und systematisch vorgegangen, wobei der Schwerpunkt wechselt. Stellenweise entsteht dadurch der Eindruck von Wiederholungen und Inkonsistenz; dies war nicht zu vermeiden. Manches wird unbefriedigend erscheinen – beispielsweise die ungleichmäßige Dichte zwischen Dokumentation und Analyse; dies hat oft technische Gründe zur Ursache, weil einige Fakten für mitteilenswert gehalten wurden. Vielfach wird unmittelbar evident, daß reale wie verbale Fakten nicht immer „an und für sich“ als „wichtig“ oder „unwichtig“ unterschieden, sondern erst in ihrem jeweiligen Kontext eingeordnet werden können, dessen Relativität nicht nur in historischen Epochen zu messen ist.<sup>7</sup> Erhebliche Spannungen erzeugt der Gegenstand selbst, dessen Dynamik nur abstrakt auf Kosten des anschaulichen Quellendetails gebannt werden könnte. Zudem sollten Fragen gestellt werden: In diesem Zusammenhang ist insbesondere darauf aufmerksam zu machen, daß bis etwa Mitte 1947 der Hauptschwerpunkt der Tätigkeit der SMAD in den Ländern und Provinzen der SBZ lag und erst vor dem Hintergrund der anwachsenden Ost-West-Spannungen ein Schwerpunkt- bzw. Tempowechsel entweder tatsächlich stattfand oder aber ein entsprechender „falscher Schein“ erzeugt wurde. Vor allem der time-lag zur Entwicklung in der SED, die ihre Politik schon etwa ein halbes Jahr früher modifizierte, legt die Vermutung nahe, daß die frühere bundesdeutsche Geschichtsschreibung in einigen Punkten wohl Opfer der Desinformation durch den Zentralismus der parteilichen Geschichtsschreibung der SED geworden ist, wodurch offenbar auch andere strukturelle Details des Transformationsprozesses zugeschüttet wurden.

Zurückhaltend wird bei der Vorstellung abstrakter Ordnungsmerkmale und bei der Dokumentation wie Analyse der Aussagen zur politischen Zielsetzung verfahren, die wie die Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand weitgehend implizite geleistet werden. Nicht nur arbeitsökonomische Gründe sind anzuführen, sicherlich schimmert an manchen Stellen die Frustration durch, wenn beispielsweise Termini wie Einheitsfront, Volksfront, Parteien-Block, Nationale Front auftauchen, die nur im Deutschen klar voneinander zu

<sup>7</sup> Möller, Horst: Die Relativität historischer Epochen: Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18-19/95/28. April 1995, S. 3-9.

trennen sind. Da man inzwischen sogar über die Sprachmittlungsqualitäten einzelner Dolmetscher des SMAD-Kommandos Bescheid weiß, darüber, daß wegen solchen – nur scheinbar nebensächlichen technischen – Aspekten Führungsberatungen abgebrochen wurden usw., erscheint zunächst der Hinweis ausreichend, daß die von der Geschichtsschreibung als „erfolgreich“ vorgestellten Besatzungsfunktionäre Semjonow und Tjulpanow – im Gegensatz zu dem „glücklosen“ Bokow – sprachkundig waren. Weitreichende „Transformationsprobleme“ entstehen bei aggregierten Chiffren wie etwa dem 1946 einsetzenden „Stalinschen Antisemitismus“, zumal großrussischer Antisemitismus als antiwestliche Attitüde gleichzeitig massiv Germanophobie transportiert, im Vergleich mit deutschem Antisemitismus also spiegelverkehrt funktioniert. Ob schließlich Stalins verbale Handlungsakte auf der Grundlage seines „So-wjet-Patriotismus“, seines genetischen Lamarckismus, seiner Sprachphilosophie oder idealtypischer Merkmale des Marxismus-Leninismus auszulegen sind, bleibt nach wie vor schleierhaft; Schukows wertvoller Hinweis, daß der Diktator „schrecklich nervös“ gewesen sei und alle und alles durcheinander gebracht habe, wird möglicherweise manchen beschwichtigen können. Kompromisse mußten vielfach gemacht werden, um dem Forschungsstand Reverenz zu erweisen. Wenn das Kommunikationssystem der SMAD ausführlich vorgestellt wird, dann steht dahinter auch das Fragezeichen, was es denn transportierte.

Grundsätzlich bleibt es allerdings außerordentlich schwierig, ein durchgehend plausibles Bild von der Zweckrationalität einer Verwaltung zu vermitteln, die buchstäblich (fast) „alles kurz und klein schlägt“, also horizontal und vertikal fragmentiert, um das Ganze zunächst unter ihre volle Kontrolle zu bringen, den einzelnen Teilen mit der gleichen Schlag- und Durchsetzungskraft ihre Ordnungsvorstellung aufdrückt, um solche künstlichen Ordnungszellen wie in einem Puzzlespiel zu einem politischen Gesamtgefüge zusammenzustecken, das in erster Linie durch Willkür gekennzeichnet war. Und dieses – im logischen Sinne scheinbar widersprüchliche und chaotische – Handeln fand darüber hinaus auch noch – je nach Wahrnehmungsperspektive – entweder gleichzeitig oder zeitlich versetzt statt.

Nachzutragen bleibt, daß sogar die in den streng geheimen „Besonderen Mappen Stalins“ aufbewahrten Aktenstücke grob widersprüchliche bzw. mißverständliche Angaben enthalten. Auf die Datenqualität zurückzuführende Überschneidungen und Unschärfen konnten mit dem vorhandenen Material nicht immer aufgelöst werden. Sie werden im Text festgehalten, weil sie oft wichtige Hinweise transportieren. Bei Übersetzungen aus Fremdsprachen und bei der Wiedergabe parteiamtlicher Texte wurde die lexische Originalnähe beachtet; russische Bezeichnungen wurden im Nominativ vermerkt. Das Arbeitstempo in russischen Archiven ist daran schuld, daß die Aktentitel nicht immer im Original wiedergegeben werden können. Bei der Transkription aus dem Kyrillischen wurde der Einheitlichkeit wegen auf die Duden-Regel zurückgegriffen: Eine exakte wissenschaftliche Transliteration erwies sich angesichts der Quellenhetero-

genität als nicht durchführbar: Die bei den vielen Aktenbildnern unbekanntem und international ohnehin uneinheitlichen Regeln der wissenschaftlichen Umschrift hätten zu Kollisionen mit den Erfordernissen der Quellenkunde geführt. Viele „russische“ Namen sind ohnehin im Original nicht bekannt<sup>8</sup>. Tippfehler (Dritter) wurden bei einigen Initialen des Vor- und des Vaternamens festgestellt. Wichtige Funktionsträger, die nicht SMAD-Mitarbeiter waren, erhielten bei der ersten Namensnennung eine biographische Notiz.

## 2. Quellenlage

Für die Arbeit wurden in der Hauptsache im Bundesarchiv Koblenz (BAK) bzw. im Institut für Zeitgeschichte in München (IfZ) der OMGUS-Bestand, im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn (AsD) der Bestand Ostbüro der SPD und in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch) Bestände des Zentralen Parteiarchivs der SED ausgewertet. Im Zentralen Staatsarchiv der DDR bzw. im Bundesarchiv – Abteilungen Potsdam/Berlin (BAP) sowie im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) wurden systematische Stichproben durchgeführt. Außer Ergebnissen früherer Archivrecherchen flossen auch sachthematische Materialien ein, die mir früher von Kollegen (Günter Braun, Thomas Schönknecht, Hermann Schwenger, Siegfried Suckut, Dietrich Staritz) zur Verfügung gestellt wurden.

Im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) wurden folgende Bestände ausgewertet<sup>9</sup>: Fonds 7317/opis 2 und opis 8 (Allgemeine Abteilung des Stabes der SMAD, Befehle des Obersten Chefs der SMAD), Fonds 7317/opis 59 (SMAD-Finanzabteilung des Stabes; Personalbestand der Politischen Abteilung/Verwaltung; Verwaltung für Inneres; Abteilung für Zivilverwaltung; Propaganda-/Informationsverwaltung), Fonds 7317s/opis 59 (Personalbestand 1945–49), Fonds 7103/opis 2 (SMAD-Verwaltung Mecklenburg), Fonds 9409s/opis 1 und 1s (Abteilung Speziallager des MWD in Deutschland). Ein Teil dieser Bestände wurde vollständig durchgesehen. Ferner wurden im gleichen Archiv anhand der Bestandsübersichten die Sammlungen „Besondere Mappe Stalins“ (Fonds r 9401, opis 2) und „Besondere Mappe Molotows“ (Fonds 9401, opis 2) ausgewertet, in denen Kopien von Berichten sicherheitspolizeilicher Dienststellen an die sowjetischen Führer deponiert sind.

<sup>8</sup> Daß Schdanow beispielsweise in sieben Transkriptionsvarianten nachgewiesen wurde, bleibt unproblematisch. Was aber weniger prominente Namen betrifft, so sei bemerkt, daß ein in internen CDU-Akten mehrmals mit „Hakaruschi“ angegebener Name beinahe als ein „japanischer“ identifiziert worden wäre, bis die „richtige“ Schreibweise „Makaruschin“ (auch „Makaruschkin“) entdeckt wurde.

<sup>9</sup> Fonds entspricht Bestand, opis Bestandsverzeichnis.

Im Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation (AWP RF) wurde für diese Untersuchung Aktenmaterial aus den Fonds 457a, 457g und 0457, 0457a (alle: SMAD), 458 (Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland), Fonds 082 (Deutschland-Referat) und – in geringem Umfang – aus dem Fonds Sekretariat des Außenministers Molotow (d.i. Fonds 6 und 06)/opis 8 ausgehändigt.

Im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Zeit (RZCHIDNI), in dem Teile des Archivs des ZK der WKP(B)/KPdSU lagern, konnten Aktenstücke aus dem Fonds 17 (ZK WKP(B)) eingesehen werden, und zwar aus den Beständen (opis) 125 (Abteilung Agitation und Propaganda des ZK 1938–48), opis 128 (Abteilung Internationale Information des ZK 1944–50), opis 132 (Abteilung Agitation und Propaganda des ZK 1948–56), opis 137 (Außenpolitische Kommission des ZK der WKP(B)) sowie aus dem Fonds 77 (Schdanow, Andrei Alexandrowitsch). Hier war es zwar grundsätzlich möglich, Aktenmaterial anhand von Findmitteln auszuwählen, allerdings waren nicht alle bestellten Aktenbände deklassifiziert und deshalb nicht verfügbar.

Im Moskauer Zentrum für die Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumente (ZChSD) wurden anhand der Hilfsmittel die zugänglichen einschlägigen Unterlagen eingesehen. Zur Klärung von Verfahrensfragen war die Durchsicht einiger „Protokolle“ („Umlaufverfahren“) von Sekretariatssitzungen des ZK der WKP(B)/KPdSU aufschlußreich, die z. T. bis zu drei Mikrofilmrollen umfaßten.

Um eine Benutzungsgenehmigung für das Zentralarchiv des russischen Verteidigungsministeriums habe ich mich mehrmals vergeblich bemüht. Für das Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation wurde kein Benutzungsantrag gestellt, weil dies von vornherein aussichtslos erschien.

Die in der DDR entwickelte Archiv- und Bestandsstruktur entsprach den systemspezifischen Bedürfnissen der SED-Geschichtswissenschaft. Schon in der Dienstordnung der Regierung der DDR vom 3. November 1949 – detailliert in der Ausführungsanordnung vom 26. Februar 1951 – wurde bestimmt, daß alle „Vertraulichen“ und „Geheimen Verschlusssachen“ nicht in den Verwaltungsarchiven, sondern separat abzulegen waren. Der amtliche Kontakt zu sowjetischen „Freunden“ war nach 1949 nur Staatssekretären und Ministern erlaubt, hierbei angefallenes schriftliches Material war grundsätzlich von anderen Dienstvorgängen getrennt im Panzerschrank aufzubewahren. Innerhalb des Parteiapparates wurden verbindliche Registraturvorschriften erst 1963 in Kraft gesetzt. – Man muß also davon ausgehen, daß die heute vorliegende archivalische Überlieferung der 1949 bzw. 1951 noch in der laufenden Registratur befindlichen oder gar bis 1990/91 sekretierten Aktenstücke mehr oder minder dem Zufallsprinzip entspricht. Auf besondere Reinigungsaktionen in parteilichen und staatlichen Registraturen muß hier nicht eigens hingewiesen werden, um deutlich zu machen, daß Quellenkritik nicht erst „am Papier“ beginnen darf.

Nicht minder problematisch ist die Überlieferungssituation in russischen Archiven. Als ich 1991 zum ersten Mal die Möglichkeit bekam, in damals noch sowjetischen Archiven zu recherchieren, hatte ich bereits in vielen Archiven gearbeitet. Mit der Geschichte der abstrakten Systematik der sowjetischen Archivistik machte ich mich gleich nach ersten Irritationen bekannt, denn in der Praxis war kein System erkennbar<sup>10</sup>: Manchmal waren die Bestandsübersichten gesperrt, ein anderes Mal die Bestände. Hatte ich beispielsweise die (wenig später wieder gesperrten) Hilfsmittel ausgewertet, so daß ich gezielt Akten bestellen konnte, so waren sie häufig vorübergehend oder dauernd in Benutzung, befanden sich beim Konservator usw. In manchen Archiven wurden die Aktenstücke ausschließlich durch Archivmitarbeiter ausgehoben, ohne daß dem Benutzer ein Einblick in spezifizierte Bestandsbeschreibungen ermöglicht wurde. Als ich später einige Bestände ein zweites Mal bestellte, um Schreibfehler zu berichtigen, hieß es irritiert, ich hätte den (inzwischen wieder gesperrten) Bestand gar nicht gesehen. Dies zur Illustration der Arbeitsbedingungen.

Ich teile dennoch nicht die allgemein verbreitete Skepsis, daß infolge der extremen Fragmentierung der Arbeitsvorgänge wie der Überlieferung eine Rekonstruktion der ursprünglichen Entscheidungsprozesse grundsätzlich nicht möglich sei. Sie ist aber unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum zu leisten. Nur ein Beispiel: Man trifft etwa auf mehrere umfangreiche Entwürfe für einen bestimmten Beschlußvorgang, viele sind handgeschrieben, alle von Hand korrigiert und nicht immer systematisch oder chronologisch geordnet, auf Mikrofilm gezogen, so daß die Farbe der Korrekturstifte nicht erkennbar ist – hier eindeutige Klärung herbeizuführen, würde allein einen monatelangen Kollationsaufwand erfordern. Hinzu kommt ein technisches Problem: Westliche Hilfsliteratur ist vor Ort nicht vorhanden und Fotokopien sowjetischer Akten führen bisweilen zur technischen „Stalinisierung“, denn Stalin korrigierte (nicht immer) mit einem einfachen Bleistift, schrieb zu Vorlagen, oft auf einen kleinen Zettel, ein einfaches „Ja, J. St.“. In einer „wieder gesperrten“ Akte läßt sich eine aufgefundene Spur nicht erneut aufnehmen, es läßt sich keine Kopie mehr ziehen, usw. Als Trost bleibt die Selbstironie, daß man anhand der Überlieferungspraxis recht genau abschätzen kann, welches Material man nicht gesehen hat, aber nicht genau darüber Auskunft geben, was einem tatsächlich vorgelegt wurde.

Nach den Bestimmungen des Rahmengesetzes zum russischen Archivfonds vom 7. Juli 1993<sup>11</sup> entscheidet über das „Maß des Verlustes der Schutzwürdigkeit“ eines Dokuments, d. h. über die Freigabe für öffentliche Forschungszwecke, mangels eines Ausführungsgesetzes auch nach Ablauf der dreißigjährigen Sperrfrist der Staatliche Archivdienst Rußlands im Zusammenwirken

<sup>10</sup> Vgl. Foitzik, Jan: Zur Situation in Moskauer Archiven, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 299–308.

<sup>11</sup> Wortlaut in: Rossiskaja gaseta vom 14. Aug. 1993.

entweder mit einer parlamentarischen Körperschaft oder aber mit der aktenbildenden Exekutive. Auf abstrakter Ebene bewegen sich die veröffentlichten Geheimhaltungsvorschriften, die allerdings durch vertrauliche Einzelanweisungen laufend ergänzt und konkretisiert werden. Der Begriff „Staatsgeheimnis“ wird grundsätzlich extensiv ausgelegt, was die Archivmitarbeiter zusätzlich verunsichert. Dies gilt insbesondere bei personenbezogenen Daten, wobei die – nicht nur in Rußland – falsche Rechtsauffassung vorherrscht, daß sich dieser Schutz auch auf die – im rechtlichen Sinn öffentliche – Tätigkeit von Amtspersonen erstreckt. Für Dokumente, die in militärisch-disziplinarischem und geheimdienstlichem Zusammenhang entstanden sind, gelten nach wie vor die entsprechenden Geheimhaltungsvorschriften. Dies gilt selbst dann, wenn der Dokumentenbesitzer nicht der Kompetenz der Fachbehörden unterliegt. Von dieser Regelung sind insbesondere chiffrierte Quellen betroffen<sup>12</sup>.

Daß das übliche archivalische Provenienzprinzip nicht allgemein gilt, zeigt sich schon an der Tatsache, daß im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation die Dokumente des VI. Sektors der Geschäftsabteilung (Obschtschi ot del) des ZK der KPdSU lagern<sup>13</sup>. Ob in politisch weniger brisanten Bereichen die allgemeinen Geschäftsvorgänge mit den Ablagen der amtsinternen Verschlusssachen-Abteilungen archivalisch überhaupt zusammengeführt wurden, und wenn ja, nach welchen Kriterien, ließ sich nicht immer klären. Grundsätzlich kann von dem sogenannten Matrjoschka-Prinzip ausgegangen werden: Wie bei dem bekannten russischen Spielzeug in jeder Puppe eine weitere steckt, ist auch bei Archivbeständen davon auszugehen, daß sie unvollständig sind, weil klassifizierte Dokumente oder Aktengruppen auf der Grundlage früherer Registraturvorschriften aus der laufenden Agenda zu entfernen waren und in der Regel heute separate Deposita bilden. Bezeichnend für die allgemeine Archivsituation ist die Auskunft eines Archivars, der auf die Frage, nach welchen Ordnungskriterien ein bestimmter Archivbestand tatsächlich gebildet worden sei, nach einigem Zögern lächelnd antwortete: „sechs Waschkörbe pro Woche“; dieses Wochenplanziel sei später auf die Hälfte reduziert worden. Mit anderen Worten: Den Archivaren waren die Organisationsstrukturen des Aktenbildners, Registraturpläne und ähnliches nicht bekannt. Während der Archivrecherchen wurden spezifizierte Kassationslisten eines Aktenbildners (aus dem Sicherheitsbereich) aufgefunden: Die Dienststelle stellte nach innerbehördlicher Kassation den Bestand selbst zusammen und gab nur das an die Archivverwaltung zur Aufbewahrung weiter, was ihr konvenierte. Der größte Teil der Dokumente und Ordnungsmittel wurde be-

<sup>12</sup> Das System der geheimen Nachrichtenübermittlung befand sich bis 1947 in der Zuständigkeit besonderer Nachrichtentruppen des Volkskommissariats/Ministeriums des Innern (NKWD/MWD) bzw. ab 1947 des Sicherheitsministeriums (MGB).

<sup>13</sup> Sie gelangten aufgrund des streng geheimen Beschlusses des Politbüros des ZK vom 23. Juni 1990 in das Archiv des Präsidenten der UdSSR und am 23. Dez. 1991 aufgrund einer Verfügung des Präsidenten der UdSSR ins Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, vgl. *Istotschnik* 1/1995, S. 115f.

hördenintern vernichtet. Aus solchen abstrakten Geschäftsvorgängen bestellte Aktenkopien wurden übrigens nicht ausgehändigt.

Ins Gewicht fallen aber nicht nur früher offensichtlich übliche administrative oder archivalische Bräuche. Erheblichen Einfluß auf Struktur, Erhaltungs- und Zugänglichkeitsgrad der Überlieferungen hat auch die gegenwärtig übliche Praxis, daß Amtsdokumente durch pensionierte Behördenveterane deklassifiziert oder der staatlichen Archivverwaltung Deklassifikationsvorschläge durch Kommissionen unterbreitet werden, denen Sachkenner aus dem akademischen und dem administrativen Bereich angehören.

Bei der Quellenauswertung ist insbesondere zu beachten – auch dies ein Spezifikum der russischen Archivsituation –, daß, wie inzwischen bekannt geworden ist, Ende der sechziger Jahre die ursprünglich handschriftlichen, in „Sondermappen“ aufbewahrten Politbüro-Beschlüsse in Maschinschrift übertragen wurden: Allerdings nicht originalgetreu, sie wurden gleichzeitig nachträglich „zensiert“<sup>14</sup>. Solche bereinigten Abschriften liegen, vielfach auf einzelne Archive verteilt, in mehreren, unterschiedlich stark veränderten und gekürzten Versionen vor; eine Reihe handschriftlicher Originalvorlagen soll einfach vernichtet worden sein. Keine echten Urkunden stellen auch andere, nur unvollständig maschinschriftlich „kopierte“ Schriftstücke in den zugänglichen Archivkollektionen dar, die als Abschriften oder Auszüge in der Regel nicht gekennzeichnet und auch nicht immer als solche erkennbar sind. Skepsis ist deshalb ebenfalls bei Quelleneditionen angebracht: Das 1993 (ohne Erlaubnis) veröffentlichte Protokoll des Juni-Plenums des ZK der KPdSU von 1957<sup>15</sup> enthält beispielsweise nicht einmal den Vermerk des Herausgebers, daß es sich nicht um die authentische Fassung, sondern lediglich um die durch N. S. Chruschtschow redigierte Protokollversion handelt.

Erste Hinweise auf den Stellenwert von Behördenakten ergeben sich aus der äußeren und internen Behördenstruktur. Das im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) gesichtete Material enthält Dienstunterlagen aus dem Bereich SMAD und ihrem institutionellen Umfeld. Sie informieren gut und in der Regel wenig verfremdet über einzelne Aspekte der behördlichen Tätigkeit. Spezifische Probleme ergeben sich im Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation (AWP RF): Allein der Bestand Sekretariat Molotow für die Jahre 1939–56 umfaßt insgesamt 12 852 und der Bestand Sekretariat Wyschinski für den Zeitraum 1940–54 9321 Aktenbände; eine Bewältigung dieser beiden sachthematisch relevanten Archivablagen ist ohne Findhilfsmittel und bei den formell erlaubten zehn Mappenbestellungen pro Tag kaum zu leisten. Aus dem Bestand des Außenministers Molotow konnten wegen des schleppenden Ausleihverfahrens nur Aktenstücke aus den Jahren 1945–47 gesichtet werden. Die aus dem Bestand SMAD im Archiv des russischen Außenministeriums ausgewerteten Materialien sind auf der anderen Seite insofern heterogen, als

<sup>14</sup> Öffentlicher Vortrag von Grant Adibekow, Moskau, 7. April 1994.

<sup>15</sup> Poslednjaja „antipartinaja gruppa“. Stenografitscheski ottschot ijunskowo (1957 g.) plenuma ZK KPSS, in: Istoritscheski archiw 3–6/1993.



sich Wichtiges vielfach neben dem Niederschlag administrativer Geschäftsroutinen befindet. Überwiegend behandeln sie innere Dienstvorgänge und interne Korrespondenz zwischen Berlin und Moskau aus jenem Funktionsbereich der SMAD, der in die Sachkompetenz des Außenministeriums fiel. Damit ist zumindest für einen zweifellos nur kleinen Bereich eine einheitliche und lückenlose Überlieferung gegeben. „Harte Daten“ enthalten die ebenfalls in diesem Archiv einzusehenden amtsinternen Tätigkeitsberichte einzelner Verwaltungen und Abteilungen der SMAD, wenn man von den ideologischen Intentionen, Kausalitätsketten und Bewertungen abstrahiert. Daß aus dem Bereich der zuständigen III. Europäischen Abteilung des Außenministeriums Aktenstücke zumeist erst aus dem Zeitraum ab 1949 vorgelegt wurden (die freilich auch älteres Material enthielten), bleibt erklärungsbedürftig.

Im Bereich des ZK der WKP(B) war die im Juni 1943 auf der Grundlage des alten Komintern-Apparats gebildete und durch den ehemaligen Generalsekretär der Komintern Georgi Dimitroff geleitete Abteilung Internationale Information des ZK der WKP(B) für Kontakte zu den kommunistischen Parteien zuständig. Sie wurde durch Beschluß des Politbüros vom 29. Dezember 1945 in ZK-Abteilung für Außenpolitik umbenannt und im April 1946 umstrukturiert. Bis zur neuerlichen Umbildung durch Politbüro-Beschluß vom 10. Juli 1948 hatte die Abteilung 17 Sektoren; einer war für die Vorbereitung und Überprüfung von Kadern im eigenen Zuständigkeitsbereich verantwortlich<sup>16</sup>, ein weiterer beschäftigte sich mit „der Tätigkeit kommunistischer und Arbeiterparteien sowie den allgemeinen Massenorganisationen des Auslands“. Außerdem gehörten ihr die Spezialinstitute Nr. 99, Nr. 100 und Nr. 205 an<sup>17</sup>. Nach einer im Juli 1948 angeordneten Umbildung – zu diesem Zeitpunkt soll nach der Bestandsbeschreibung M. A. Suslow<sup>18</sup> die Leitung übernommen haben, ausweislich seiner Kaderakte war er damals allerdings bereits seit zwei

<sup>16</sup> Solche kryptischen Amtsausdrücke werden weitergegeben, wenn sie nur spekulativ aufgelöst werden können. Hier ist vermutlich nur die Personalabteilung der Betriebseinheit euphemistisch umschrieben worden.

<sup>17</sup> Vgl. Bestandsbeschreibung zu: RZChiIDNI, 17/128.

<sup>18</sup> Suslow, Michail Andrejewitsch (1902–1982), 1921 WKP(B), 1921–24 Studium Arbeiterfakultät und 1924–28 Volkswirtschaft (Diplom-Ökonom) in Moskau, 1929–31 Dozent Moskauer Staatsuniversität, ab 1931 leitende Positionen in der Zentralen Kontrollkommission des ZK und im Volkskommissariat für Arbeiter- und Bauerninspektion, 1934–35 beim Komitee für Staatskontrolle beim Rat der Volkskommissare der UdSSR, 1936–37 Studium am Institut für „Rote Professur“ in Moskau, 1937–39 Sekretär des Gebietskomitees in Rostow und 1939–44 in Stawropol; ab 1941 Mitglied des ZK und ab 1942 des Obersten Sowjets der UdSSR; 1939–44 Mitglied der Zentralen Revisionskommission des ZK, ab 1944 Vorsitzender Büro ZK WKP(B) für Litauen. Nach seiner Kaderakte ab März 1946 (durch Politbüro des ZK der WKP(B) am 13. Apr. 1946 bestätigt) bis Juli 1948 Leiter Abteilung für Außenbeziehungen des ZK der WKP(B) und 1947–48 Leiter Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B), andere: 1946– stellvertretender Leiter ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda sowie 1948–49 Leiter Abteilung für Außenbeziehungen des ZK der WKP(B); 1947–82 ZK-Sekretär, 1949–50 Chefredakteur der „Prawda“, 1950–54 Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets, 1952–53 und wieder ab Juli 1955 bis zu seinem Tod Mitglied des Präsidiums/Politbüros des ZK der KPdSU.

Jahren in dieser Funktion tätig – ab Dezember 1948 als Abteilung für Außenbeziehungen weitergeführt, bestanden in ihr 28 Sektoren, darunter eine Unterabteilung für Deutschland und Österreich. Formell im März, tatsächlich zum 29. April 1949 ging diese selbständige Abteilung im Geschäftsbereich der Außenpolitischen Kommission des ZK der WKP(B) auf<sup>19</sup>. Diese ZK-Kommission entstand durch Politbüro-Beschluß vom 12. März 1949 und wurde im Oktober 1952 in Kommission für Verbindungen mit ausländischen kommunistischen Parteien umgebildet. Der am 18. April 1949 bestätigte Organisationsplan sah eine Unterabteilung für Deutschland und Österreich vor<sup>20</sup>.

Die ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda wurde bis Mai 1945 durch den ZK-Sekretär Schtscherbakow<sup>21</sup> geleitet, einen Schwiegersohn Schdanows<sup>22</sup>, der ab Mai 1945 formell die Leitung übernahm. Im September 1948 wurde M. A. Suslow, ab 1947 ZK-Sekretär, der bereits 1946 verschiedentlich als leitender Mitarbeiter dieser Abteilung genannt wurde, zum Nachfolger des verstorbenen Schdanow bestimmt. Da Suslow inzwischen die Leitung der ZK-Abteilung für Außenbeziehungen übernahm, trat D. T. Schepilow<sup>23</sup> die Funktion des Leiters der Propaganda-Abteilung an, in der er zuvor als stellvertretender Leiter amtiert hatte<sup>24</sup>.

Der Stellenwert der Überlieferung der Abteilung Internationale Information des ZK für die Rekonstruktion der politischen Prozesse in der SBZ muß aus den schon oben genannten Gründen zurückhaltender beurteilt werden, als dies bisher der Fall war<sup>25</sup>. Zu finden sind im Bestand insbesondere Dokumente der Verwaltung Propaganda/Information der SMAD, die den Abteilungen und Sekretären des ZK zur Kenntnis gebracht wurden. Meist handelt es sich

<sup>19</sup> Vgl. Bestandsbeschreibung zu: RZChiDNI, 17/128.

<sup>20</sup> Vgl. Bestandsbeschreibung zu: RZChiDNI, 17/137.

<sup>21</sup> Schtscherbakow, Alexandr S. (1901–1945), Komsomol- und Parteifunktionär, ab 1932 im Apparat des ZK der WKP(B), ab 1941 Kandidat des Politbüros, Sekretär des ZK, ab 1942 Chef GlawPURKKA und Stellvertreter des Volkskommissars für Verteidigung, 1943 Generaloberst.

<sup>22</sup> Schdanow, Andrei Alexandrowitsch (1896–1948), ab 1927 ZK-Sekretär, ab 1932 Mitglied des ZK, ab 1934 Parteisekretär von Leningrad (1941–44 in der belagerten Stadt; politisches Mitglied des Kriegsrats der dortigen Nordwest-Front; Generaloberst); ab 1935 Kandidat und ab 1939 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B); ab 1938 Leiter des Außenpolitischen Ausschusses des Obersten Sowjets der UdSSR sowie gleichzeitig Leiter der ZK-Abteilungen für Außenpolitik und Kultur, 1944–45 sowjetischer Vertreter in der Alliierten Kommission in Finnland, 1947–48 maßgeblicher Anteil an der Gründung des Kominform.

<sup>23</sup> Schepilow, D. T. (geb. 1905), 1926 WKP(B), 1946–47 Redakteur der „Prawda“, 1947–48 stellvertretender und ab 1948 Leiter der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der WKP(B), 1956 – Außenminister) 1956–57 Sekretär und Kandidat des Präsidiums des ZK der KPdSU.

<sup>24</sup> Die auch in den Bestandsbeschreibungen hinsichtlich der Stellenbesetzungen enthaltenen Überschneidungen stellen ein grundsätzliches Problem dar, da es sich sowohl um tatsächliche Funktionshäufung als auch um systembedingte Folgen einer Kompilation von in arbeitsteiligen Verfahren erzeugten isolierten Einzeldaten handeln kann.

<sup>25</sup> Vgl. z. B. SWAG. Uprawnienie propagandy (informazii) i S. I. Tjulpanow 1945–1949. Sbornik dokumentow. Pod redakcijei Bernda Bonwetscha, Gennadija Bordjugowa, Normana Neimarka, Moskwa 1994.

allerdings um ins Russische übersetzte Materialien der SED-Führungsgremien. Nur vereinzelt sind darunter Materialien der Politischen Verwaltung der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Berichte der Politischen Abteilung des Politischen Beraters der SMAD über die SED an den Apparat des ZK der WKP(B) oder Spezialberichte wie jener Tjulpanows über Jugendarbeit in der SBZ vom 4. September 1946 zu entdecken. Aus den Begleitschreiben, Eingangs- und Bearbeitungsstempeln sowie handschriftlichen Erledigungsvermerken ergibt sich, daß es sich um eine Ablage von Routedokumenten handelt. Insgesamt enthält der Bestand kaum Telegramme, was schon angesichts des gigantischen Funknetzes der SMAD mit Chiffrierabteilungen in allen Verwaltungen auffallen muß. Die Berichte aus Berlin liefen in der Regel erst nach einer Woche ein (Mai 1948 einmal nach drei Tagen), nur in seltenen Fällen über die „Spez-potschta“ (d.i. Kurierpost). Die Verteiler waren mit sechs bis zehn Adressaten breit gestreut, darunter befanden sich immer zwei bis drei unmittelbar vorge-setzte Instanzen der Informationsverwaltung innerhalb der SMAD. Erst nach Straffung der Berichtslinien verschickte der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Angelegenheiten etwa ab Ende 1948 seine Berichte in nur zwei Exemplaren. Aus den handschriftlichen Bearbeitungsvermerken (die übrigens oft fehlen) folgt ferner, daß der eigentliche Aktenbildner die 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten/Sowjetischen Armee war, von der das meiste Material der ZK-Abteilung – aus Gründen der militärischen Geheimhaltung mit Rückgabeverfügung – lediglich zur Kenntnisnahme geschickt wurde. Ein vom 19. Dezember 1945 datierter Bericht Bokows an die Politische Hauptverwaltung der Armee über den Bezirksparteitag der Berliner SPD vom 25. November 1945 wurde beispielsweise erst am 8. Januar 1946 an das ZK weitergeleitet<sup>26</sup>. Die Verfügung des GlawPURKKA-Abteilungsleiters: „Bitte nach Auswertung um Rückgabe spätestens zum 12. Januar“ wurde scheinbar nicht befolgt, und in der Tat zierte das Dokument ein schlichter Stempel „Aus dem Verzeichnis gestrichen“. Allerdings fehlt ein Datum, so daß es zweifelhaft ist, ob es sich um eine administrative oder archivalische Verfügung handelt. Dem Vermerk des Referenten vom 1. März 1946 ist aber zu entnehmen, daß das Original tatsächlich an die 7. Abteilung der GlawPURKKA zurückging und in der Registratur der ZK-Abteilung nur eine Abschrift verblieb. Auf den selektiven Charakter dieser Überlieferung weisen auch die internen Verteilungspraktiken innerhalb des ZK-Apparats hin: Einige Dokumente sind mit dem Vermerk versehen: „Unterliegt der Rückgabe an die Geheimabteilung [des Technischen Sekretariats der Geschäftsabteilung des ZK]“ („Podleschit woswratu w sekretnuju tschast“)<sup>27</sup>.

Die Frage, welches Material in der Registratur der ZK-Abteilung überliefert ist, kann zwar nicht genau beantwortet werden, doch ist wohl davon auszugehen, daß ihr Aktenbestand im Hinblick auf die Tätigkeit der SMAD nach eher

<sup>26</sup> Vgl. RZChilDNI, 17/128/917, Bl. 1–17.

<sup>27</sup> Vgl. SSSR-SWAG-otdel propagandy pri UWKSS Berlin/Panjuschkin ZK/Sept. 1946, in: RZChilDNI, 17/128/151.

zufälligen Gesichtspunkten entstanden ist. Daß vieles in der Abteilung selbst als unwichtig behandelt wurde, folgt aus manchen Bearbeitungsvermerken der Fachreferenten, die die Eingänge als Ganzes oder knapp zusammengefaßt nach fünf Tagen oder auch erst nach einem Monat an den Abteilungsleiter weiterleiteten. Das aus insgesamt 218 Blatt bestehende Protokoll der 2.(16.) Tagung des Parteivorstands der SED vom 15./16. Oktober 1947 gab der Referent beispielsweise erst am 24. Dezember 1947 an Suslow weiter<sup>28</sup>. Nach dem jetzigen Kenntnisstand wurde von der Abteilung Internationale Information aus dem Komplex Deutschlandpolitik nur die Kopie eines einzigen Dokuments an Stalin, Malenkow und Molotow geschickt. Einen entsprechenden Vermerk trägt der Auszug aus einem Bericht des Mitglieds des Kriegsrates der SMAD Bokow über die westdeutsche SPD, der dem ZK-Apparat von der Politischen Hauptverwaltung am 8. Januar 1946 für drei Tage zur Kenntnis gebracht wurde<sup>29</sup>.

Nach dem Organisationsstatut zur „Erforschung und Rechenschaftslegung“ in bezug auf die ausländischen kommunistischen Parteien verpflichtet, dürfte also die für internationale Beziehungen zuständige ZK-Abteilung von politischen Prozessen in der SBZ weitgehend nur im Rahmen der informationellen Routine tangiert worden sein. Aufgrund ihrer statutarischen Aufgaben ist davon auszugehen, daß die Überlieferung unter generellen Aspekten der kommunistischen Strategie der Nachkriegszeit entstanden ist und insofern nur über spezifische Fragen der sowjetischen Politik in Deutschland Auskunft geben kann. Allerdings fungierte diese Abteilung auch als Ansprechpartner und Verbindungsstelle für ausländische Parteien, und die in ihrem Nachlaß deponierten Kopien von Briefen Walter Ulbrichts an das Politbüro des ZK der WKP(B) stellen besonders wertvolle Quellen dar. Dies gilt auch für die Protokolle zu Besprechungen zwischen sowjetischen und ostdeutschen Parteispitzen und das entsprechende Vorbereitungsmaterial. Informativ und aufschlußreich sind die ebenfalls im Bestand auffindbaren Berichte über Überprüfungen der Tätigkeit der Informationsverwaltung der SMAD durch ZK-Kommissionen, die aber auch in anderen Beständen – vollständig oder in (nicht identischen) Auszügen – nachgewiesen sind. Der (unter systematischen Gesichtspunkten) selektiv ausgewertete Fonds 77 stellt einen unechten Nachlaß Schdanows dar, der der engsten Umgebung Stalins angehörte. Der Bestand enthält eine Vielzahl aufschlußreicher handschriftlicher Beschlußentwürfe, ist aber aus Zeitgründen nur schwer zu bewältigen.

Wenn in dieser Beschreibung gleichzeitig indirekt das Herstellungs- und Verteilungsverfahren für Quellen etwas ausführlicher behandelt wurde, dann auch deshalb, um auf die allgemeine Problematik hinzuweisen, daß viele Quellen durch administrative wie archivalische Bearbeitung aus dem originären Entstehungszusammenhang gerissen wurden. Die Auswirkungen solcher vertikalen wie horizontalen Destrukturierung auf die Rekonstruktion der Ent-

<sup>28</sup> Vgl. RZChIDNI, 17/128/328.

<sup>29</sup> Vgl. RZChIDNI, 17/128/917, Bl. 18.

scheidungsprozesse sind unabhängig von der archivalischen Ordnung der Überlieferung zu reflektieren, denn Sinnhaftigkeit und Verständlichkeit einzelner Informationsteile erleichtern bekanntlich nicht notwendigerweise die Wiederherstellung des ursprünglichen Informationsinhalts. Im militärischen Bereich ist die Tarnungsabsicht unmittelbar evident.

Unterhalb der prozeduralen administrativen und archivalischen Ebene sind vornehmlich semiotische und semantische Spezifika zu beachten. Generell schlug sich die Dynamik des kommunistischen Systems in einem Rechts- und Faktenverständnis nieder, in dem selbst das geschriebene Wort keine definitive Gültigkeit besaß. Ein Beispiel: Am 22. September 1945 versuchte der Außenminister Molotow seinen amerikanischen Kollegen Byrnes davon zu überzeugen, daß die USA gegen den Geist der alliierten Abmachungen verstießen und für Japan „Aggressionsmöglichkeiten“ schufen, weil sie japanische Soldaten nicht als Kriegsgefangene behandelten. Am 26. September 1945 antwortete Byrnes Molotow, daß das amerikanische Verhalten gegenüber der japanischen Armee in der Potsdamer Deklaration schriftlich festgelegt worden sei. Am nächsten Tag kam der unterschiedliche Arbeitsstil deutlich zum Ausdruck, als Byrnes auf seine Feststellung, daß er sich an von den Alliierten gemeinsam beschlossene Dokumente zu halten habe, von Molotow die scharfe Antwort erhielt, daß diese Dokumente lediglich für den Zeitraum galten, als die japanische Armee noch nicht zerschlagen worden sei<sup>30</sup>.

Von solch funktionalem Fakten- und einem propagandistisch-mobilisierenden Wahrheitsverständnis, das vorrangig Intentionen transportiert und vielfach die Zielprojektion antizipatorisch an die Stelle der Wirklichkeit treten läßt bzw. den bloßen Beschluß schon mit der Durchführung identifiziert, sind freilich auch die Quellen nicht frei. Und ebenso ist zu berücksichtigen, daß in dieses besondere semiotische wie semantische System objektive Tatsachen gekleidet werden mußten, um den Verfahrensregeln zu genügen. Die Anforderungen der Quellenkritik sind eigentlich noch größer, denn auch der funktionale Begründungskontext war nach dem gleichen Verfahrensmuster variabel: Wenn es 1950 opportun war, die Plankennziffern anstelle der realen Werte zu benutzen, so konnten wiederum im Kontext des Jahres 1952 die tatsächlichen Zahlen günstigere Lichtverhältnisse für eine relative prozentuale Erfolgsdarstellung schaffen. Auf solche quellenkritischen Tücken ist übrigens selbst bei einfachen Fakten zu achten, und dieses Problem betrifft ebenfalls die zeitgenössische Wahrnehmung im Westen wie das historiographische Aufbereitungsverfahren, die sich auf solche immanenten Daten stützen: Die Polizeistärke in der SBZ wurde beispielsweise für 1948 in amerikanischen Quellen mit 81 000 Mann angegeben<sup>31</sup>, was tatsächlich aber lediglich der „Plansollstärke“ entsprach. Die

<sup>30</sup> Vgl. Wypiska is sapissy bessedy tow. W. M. Molotowa s Goss. sekr. SSchA Birnsom 22. sentjabrja 1945, 26. sentjabrja, 27. sentjabrja, in: AWP RF, Molotow/8/31/480, Bl. 1–6.

<sup>31</sup> Vgl. Naimark, Norman M.: *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge/Mass. 1995, S. 375.

Ist-Stärke lag nach SBZ-Quellen im April 1948 bei etwa 51 000 Mann (ohne Berlin)<sup>32</sup>. Darin war die sehr hohe Fluktuationsrate noch nicht enthalten.

Wenn also selbst vergleichsweise leicht überprüfbare Zahlenangaben vorichtig behandelt werden müssen, dann gilt dies umso mehr für ideologisierte politische Prozesse und ihren Begründungszusammenhang. Die bloße Ausdrucksform politischer Rituale und Chiffren ist oft irreführend. Der tatsächliche Willensinhalt verbaler Erklärungen ist nur im konkreten Gesamtkontext annähernd feststellbar, wobei selbst die jeweilige aktuelle offizielle Interpretation einer Proklamation nicht als konstant zu betrachten ist und gerade diese besondere Unverbindlichkeit verbaler Akte die Eigenart und Dynamik des diktatorisch-autoritären Führungsstils ausmachte. Dieses eigentümliche Informationsmonopol wäre auf der Grundlage der Theorie der kognitiven Dissonanz dahingehend auszulegen, daß Informationen, die bisher gemachten Erfahrungen widersprechen und damit das kognitive Gleichgewicht gefährden, in Richtung dieses durch ideologische Vorgaben normierten Gleichgewichts „umrationalisiert“ werden. Im einzelnen kann hier der Einfluß solcher politisch-ideologischen Rationalisierungsverfahren auf die qualitative Quellenbeschaffenheit nicht behandelt werden. Daß die Quellenkritik sie berücksichtigen muß, liegt nahe. Einzeldaten ohne Entstehungs-, Begründungs- und Bedeutungszusammenhang, der ja ein immanenter Bestandteil einer Information ist, illustrativ miteinander zu verbinden, stellt kein rationales Übersetzungsverfahren dar. Vielmehr setzt ein solches die Isolation des tatsächlichen aktuellen Willensinhalts durch systemimmanente Abstraktion von der Ausdrucksform voraus. Erst nach diesem Schritt ist die Übersetzung in ein anderes Zuordnungssystem möglich. Dies gilt ebenfalls für die einfache Sprachmittlung: Lexikalisch synonyme Begriffe können nicht nur jeweils unterschiedliche Rechtsbedeutung haben, auch das sowjetische und deutsche Amts- und Verfahrensverständnis unterschieden sich zunächst grundsätzlich voneinander: So wurde innerhalb der deutschen Verwaltung ein sowjetisches „otdel“ – also eine nach damaliger sowjetischer Rechtsauffassung unselbständige „Abteilung“ – oft irreführend mit „Hauptabteilung“ übersetzt. Im administrativen Kontext muß dies nicht unbedingt stören. Wenn aber im Analogieschluß die Justizabteilung der SMAD als Kontrollinstanz für die SBZ-Justiz wahrgenommen wurde, so führte dies zu einem Fehlschluß, weil die SMAD-Justizabteilung als Dienstaufsichtsinstanz für die Justiz in der SBZ – analog zum sowjetischen Verfahren – nur mittelbar (in der zeitgenössischen deutschen Verwaltungssprache: als „Poststelle“) für die sachlich zuständige SMAD-Innenverwaltung handelte. „Virtuelle Wirklichkeit“ kann die Folge sein.

\* \* \*

<sup>32</sup> Vgl. Glaser, Günter (Hg.): „Reorganisation der Polizei“ oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg? Dokumente und Materialien zur sicherheits- und militärpolitischen Weichenstellung in Ostdeutschland 1948/49, Frankfurt/Main u. a. 1995, S. 211 und S. 47, wo „Plansollstärke“ mit „Gesamtstärke“ gleichgesetzt wird. – Ausweislich der im BAP vorhandenen Statistiken handelte es sich im April 1948 um 71 000 Planstellen, wovon am Monatsanfang 56 000 und zum Monatsende 60 000 besetzt waren. Vgl. BAP, 7/166.

Wenn ich abschließend Hermann Weber und Dietrich Staritz danke, die meine ersten Schritte kritisch begleiteten, dann deshalb, weil sie strenge Lehrer waren. Horst Möller, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, danke ich für seine Toleranz und Geduld. Hartmut Mehringer half, das Manuskript in die definitive Form zu bringen; auch teilte er mit mir manchen überflüssigen Ärger bei dem mühseligen Unterfangen, „russisches“ Chaos als „deutsche“ Ordnung vorzustellen. Für Hilfsleistungen und Hinweise stehe ich auch bei vielen ungenannten Freunden und Kollegen in Schuld. Einer alten Tradition gemäß danke ich Archivaren aus Respekt nicht namentlich. Gern erinnere ich mich an die Gastfreundschaft im Hause von Konstantin I. Kowal und Alexandr J. Bogomolow. Frau Kowal und Frau Bogomolow gilt meine besondere Anerkennung, transportierte doch ihr Charme mehr Wirklichkeit als viele laufende Meter Altpapier.

Die Archivrecherchen unterstützten die Russische Akademie der Wissenschaften, die Stiftung Volkswagenwerk, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und das Institut für Zeitgeschichte. Frau Katrin Reichelt und Frau Christiane Künzel erwarben sich durch ihre engagierte Unterstützung bei der Manuskriptbearbeitung, insbesondere bei der schwierigen Vereinheitlichung der Transkription, bleibende Verdienste. Frau Steffi Manske meisterte souverän alle Tücken der Computertechnik. Frau Hannelore Georgi teilt mit mir freundlicherweise die Verantwortung für das Personenregister.

Die Arbeit am Manuskript wurde im Januar 1997 beendet. Danach erschienene Veröffentlichungen konnten meistens berücksichtigt werden.

# I. Vorgeschichte

## 1. Völkerrechtliche Grundlagen

Die Prinzipien der alliierten Besetzung Deutschlands beruhen auf den Beschlüssen der Konferenzen von Teheran (November/Dezember 1943), Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli/August 1945). Erste Vorschläge zur Behandlung Deutschlands nach dem Krieg unterbreiteten amerikanische Vertreter auf der Moskauer Außenministerkonferenz (Oktober 1943), und auch später überließen sowjetische Vertreter die Planungsinitiative ihren westlichen Verbündeten. Die organisatorischen Festlegungen zur „koordinierten Verwaltung der Besetzung und Kontrolle“ wurden im Rahmen der im Dezember 1943 konstituierten Europäischen Beratenden Kommission (European Advisory Commission, EAC) getroffen und im Protokoll über die Besetzungszonen vom 12. September 1944, ergänzt am 14. November 1944 und 26. Juli 1945, sowie im Abkommen über das Kontrollsystem vom 14. November 1944, geändert am 1. Mai 1945, festgelegt. Diese Abmachungen basierten weitgehend auf britischen Vorschlägen und sahen die Aufteilung Deutschlands in ursprünglich drei Besetzungszonen vor: je eine amerikanische, britische und sowjetische. Vertreter der UdSSR, denen die russische Geschichtsschreibung bezüglich des gesamtdeutschen Kontrollmechanismus neuerdings eine Initiativrolle zuschreibt<sup>1</sup>, akzeptierten diesen Plan mit Ausnahme des Vorschlags, in den einzelnen Okkupationszonen jeweils auch Truppen der übrigen Vertragspartner zu stationieren. Außer der in den Artikeln 53 und 107 der UN-Charta fixierten sogenannten Feindstaatenklausel sind als weitere relevante völkerrechtliche Regelungen beispielsweise das Abkommen zwischen den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich vom 8. August 1945 über die gerichtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern oder das Urteil des Internationalen Tribunals anzusehen, das zwischen dem 20. November 1945 und dem 1. Oktober 1946 in Nürnberg verhandelte. Der Kriegszustand zwischen der Sowjetunion und Deutschland wurde erst am 25. Januar 1955 durch den Obersten Sowjet der UdSSR für beendet erklärt<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Wiskow, S. I. und Kulbakin, W. D.: Sojusniki i „Germanski wopros“ 1945–1949 gg., Moskwa 1990, S. 36–38. Vgl. dazu ausführlich Mai, Gunther: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948, München 1995, S. 19ff. sowie den nach wie vor sehr informativen Beitrag von Kowalski, Hans-Günter: Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: VfZ 1971, S. 261–293.

<sup>2</sup> Prawda, Moskwa, vom 25. Jan. 1955. – Grundlegende völkerrechtliche Bestimmungen über das Besatzungsrecht enthält die IV. Haager Konvention von 1907, der die Sowjetunion allerdings nicht beigetreten war. Umstritten war nach Kriegsende, ob allgemeine völkerrechtli-



Mit der „Erklärung“ der militärischen Oberbefehlshaber der in Deutschland stehenden Streitkräfte der Vier Mächte vom 5. Juni 1945 übernahmen diese „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“ mit dem Ziel, den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten sowie Deutschland „zusätzliche politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen aufzuerlegen“<sup>3</sup>. Nach der gemeinsamen „Feststellung“ vom gleichen Tage übten die militärischen Oberbefehlshaber die oberste Gewalt voneinander unabhängig in den eigenen Besatzungszonen und „gemeinsam in allen Deutschland als ein Ganzes betreffenden Angelegenheiten“ aus<sup>4</sup>. Eine Sonderstellung nahm Groß-Berlin ein, wo mit der Alliierten Kommandantur (auch: Kommandatura, offizielle Abkürzung: AK) eine gemeinsame Besatzungsverwaltung der Vier Mächte entstand.

Marschall Schukow wurde fernmündlich bereits am 7. Mai 1945 durch Marschall (später Generalissimus) Jossif W. Stalin zum Obersten Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland bestimmt<sup>5</sup>, am 6. Juni 1945 erfolgte

che Bestimmungen auf Deutschland überhaupt anwendbar seien oder aber angesichts der bedingungslosen Kapitulation das genuine Recht des Siegers zu gelten habe. In der offiziellen, vom Verteidigungsministerium der UdSSR besorgten Geschichte des Zweiten Weltkriegs wurde ostentativ festgestellt, daß die Sowjetunion im besetzten Deutschland die Prinzipien der Haager Konvention konsequent beachtet und angewandt habe. Vgl. Geschichte des Zweiten Weltkrieges: 1939–1945, Berlin (Ost) 1982, Bd. 10: Die Zerschlagung des faschistischen Deutschland. – Die dadurch unmittelbar berührte Souveränitätsdiskussion verlief diskontinuierlich, und die USA und UdSSR wechselten jeweils ihre Position. Ursprünglich gingen die USA (Hans Kelsen) vom Verlust der deutschen Souveränität aus, später setzte sich die Rechtsmeinung durch, daß die deutschen Länder Souveränitätsträger seien. In der UdSSR ging man zunächst davon aus, daß das deutsche Volk der Souverän sei, später jedoch wurde argumentiert, daß „keine Souveränität ohne Staat“ möglich sei. Vgl. hierzu auch Maljarow, M. P.: Dejatelnost SWAG i jewo prawowoye osnovy, Diss., Moskwa 1964, S. 67. Inzwischen setzte sich unter den Staatsrechtlern die Auffassung vom originären Rechtscharakter der Besetzung Deutschlands durch. Von sowjetischer Seite vgl. beispielsweise Wiskow und Kulbakin, Sojuzniki 1990, S. 13, S. 30f., die für die aktuelle russische Haltung repräsentativ ist. Auch die heute in Deutschland vorherrschende Lehrmeinung steht auf dem Standpunkt, daß die Vierte Haager Konvention von 1907 auf das besiegte Deutsche Reich keine Anwendung fand. Vgl. Tomuschat, Christian: Die Bedeutung der Potsdamer Beschlüsse für die Rechtslage Deutschlands und der Bundesrepublik Deutschland, in: Das Potsdamer Abkommen und der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Tagungsdokumentation, Potsdam 1995, S. 31–46.

<sup>3</sup> Abgedruckt in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hg. vom Alliierten Sekretariat, Berlin 1945, S. 7–9.

<sup>4</sup> Abgedruckt ebenda, S. 10.

<sup>5</sup> Shukow, Georgi Konstantinowitsch: Erinnerungen und Gedanken, Berlin (Ost) 1976, Bd. 2, S. 360. – Auf S. 390 heißt es dort, daß er in der zweiten Maihälfte im Kreml in Anwesenheit Molotows und Woroschilows zum Chef der Besatzungsverwaltung ausgewählt wurde. Bei dieser Gelegenheit durfte er Sokolowski zu seinem Stellvertreter wählen, als Politischer Berater ist ihm aber der erste stellvertretende Außenminister Wyschinski beigeordnet worden. Vgl. auch: Schukow, Georgi Konstantinowitsch: Wospominanija i rasmyschlenija, Moskwa 1970, S. 673 und S. 695. Dort auf den 20. Mai 1945 datiert.

die Bestätigung durch eine Anordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR über die Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD bzw. SWAG)<sup>6</sup>, die der Oberste Chef der SMAD durch seinen Befehl Nr. 1 vom 9. Juni 1945 öffentlich bekanntgab<sup>7</sup>. Nach der Auflösung des gemeinsamen Oberkommandos der Westmächte am 14. Juli 1945 verselbständigten sich auch im Westen die Besatzungsinstanzen mit den Militärgouverneuren als Zonenbefehlshaber und den Verwaltungschefs an der Spitze. Oberste Verwaltungsbehörden waren das Office of Military Government of the United States in Germany (OMGUS) in Frankfurt/Main für die amerikanische und die Control Commission for Germany/British Element (CCG/BE) in Bad Oeynhausen für die britische Zone. Formell entsprach den beiden der Conseil de Contrôle de la France pour l'Allemagne (CCFA) in Baden-Baden, doch blieben die administrativen Kompetenzen weitgehend beim Administrateur Général Adjoint pour le Gouvernement Militaire und später beim Secrétaire Général du Commandant en Chef Français en Allemagne angesiedelt.

Für die „Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten“ wurde ein Kontrollrat<sup>8</sup> gebildet, der sich aus den vier Militärgouverneuren/Oberbefehlshabern der Zonen (und in der Regel vertretungsweise auch aus ihren Stellvertretern) zusammensetzte. Dessen Organe waren ein ständiger Koordinationsausschuß (Coordinating Committee, abgekürzt: CORC) aus jeweils einem Vertreter der Militärgouverneure, in der Regel der Stellvertreter, und der Kontrollstab. Der Kontrollstab (Control Staff) bestand ursprünglich aus zwölf Abteilungen (auch Direktorate genannt): Heer (DMIL), Marine (DNAV), Luftwaffe (DAIR), Transport (DTPT), Politik (DPOL), Wirtschaft (DECO), Finanzen (DFIN), Abteilung für Reparationen, Lieferungen und Wiedererstattung (DRDR), innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen (DIAC), Rechtswesen (DLEG), Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte (DPW/DP) sowie Arbeitseinsatz (DMAN)<sup>9</sup>. Die drei militärfachlichen Direktorate (zu-

<sup>6</sup> Vgl. Anordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 6. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin (Ost) 1968, S. 51–53; vollständiger russischer Text in: Solotarew, W. A. (Hg.): Bitwa sa Berlin (=Russki archiw: Welikaja oteschestwennaja, Bd. 15 (4–5), Moskwa 1995, S. 408–411.

<sup>7</sup> Wortlaut in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, SWA-Verlag, Berlin 1946, S. 9.

<sup>8</sup> Amtliche Bezeichnungen: The Control Council for Germany, Le Conseil de Contrôle en Allemagne, Kontrolnoy sovet, Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland, abgekürzt: CONL, auch: ACA für Allied Control Authority bzw. (A)CC für (Allied) Control Council.

<sup>9</sup> In sowjetischen Quellen wurde folgende Gliederung nachgewiesen: 1. Politik (DPOL), 2. Propaganda und Information (Pressekontrolle), 3. Entwaffnung, mit den Unterabteilungen für die drei Waffengattungen: Heer (DMIL), Marine (DNAV), Luftwaffe (DAIR), 4. Liquidierung der Kriegsindustrie, 5. Wirtschaft (DECO), mit den Unterabteilungen: Industrie, Landwirtschaft und Handel, 6. Finanzen und Geldwirtschaft (DFIN), 7. Transport (DTPT), 8. Verbindungen (d.i. Post), 9. für administrative Fragen, 10. Abteilung für Reparationen, Lieferungen und Wiedererstattung (DRDR), 11. Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte (DPW/DP), 12. Volksbildung und Gesundheit, 13. Rechtswesen (DLEG), 14. Sekretariat,

ständig für die Auflösung der deutschen Wehrmacht und damit zusammenhängende Fragen), durch Direktive Nr. 34 vom 3. September 1946 mit Wirkung vom 1. Januar 1947 in Combined Military Directorate (auch: Combined Service Directorate) integriert, werden in der Regel ausgeklammert und die Zahl der Fachabteilungen meistens mit neun angegeben. Als zehntes – ursprünglich dreizehntes – Direktorat galt wegen ihres Ranges die durch Gesetz Nr. 5 vom 30. Oktober 1945 geschaffene Kommission für das deutsche Auslandsvermögen (The German External Property Commission, GEPC)<sup>10</sup>. Herausgehoben war ferner die Stellung der Alliierten Kommandantur für Berlin und die aufgrund des Gesetzes Nr. 9 vom 30. November 1945 gebildete Kommission zur Kontrolle der IG-Farben. Die jeweils vier Chefs einer Abteilung als Vertreter der Besatzungsmächte bildeten das (Fach-)Direktorium. Innerhalb der einzelnen Direktorate wirkten zahlreiche Unter- und Spezialkomitees. Der Alliierte Kontrollrat konstituierte sich am 30. Juli 1945 mit der Besprechung von Eisenhower, Schukow, Montgomery und Koenig. Mit der Proklamation Nr. 1 vom 30. August 1945 nahm er seine Tätigkeit auf. Am 20. März 1948 erfolgte auf der 82. Sitzung der demonstrative Auszug der sowjetischen Delegation, womit seine Tätigkeit beendet wurde<sup>11</sup>. Zu diesem Zeitpunkt waren in den insgesamt 170 bis 180 Fachorganen des Kontrollrats ungefähr 400 sowjetische Mitarbeiter tätig<sup>12</sup>.

Als Hilfsorgane des Kontrollrates entstanden 1945 ein ständiges Alliiertes Sekretariat (Allied Secretariat, ASEC) und darin ein ständiges Verwaltungsbüro (Administrative Bureau), eine Abteilung Protokoll und Verbindungen, ein Übersetzungsbüro und ein Archiv. Der Kontrollratsadministration angeschlossen waren ferner das Berlin Air Safety Center (BASC), das Allied Travel Office, das International Facilities Bureau sowie die Verwaltung des Spandauer (Kriegsverbrecher-)Gefängnisses. Die zuletzt genannten Organisationseinheiten überlebten das Ende des Kontrollrats 1948; das Berlin Air Safety Center war noch bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten tätig. Dies galt gleichfalls für einige der insgesamt 16 beim Kontrollrat akkreditierten alliierten Militärmissionen (Australien, Belgien, Brasilien, China, Dänemark, Griechenland, Indien, Jugoslawien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Südafrika, die Tschechoslowakei sowie Neuseeland). Mit dem „Vertrag

Übersetzer, Protokollführer. Vgl. Spissok Nr. 2/Sowetski personal w Meschsojusnom komitete po koordinazii pri Kontrolnom sowete w Germanii, in: AWP RF, 457a/1/6/2, Bl. 69ff.

<sup>10</sup> Zur Organisationsstruktur des Kontrollrats vgl. Mai, Kontrollrat 1995, S. 49ff.

<sup>11</sup> Eine Konsultationsvereinbarung wurde zwischen den Spitzen der vier Besatzungsverwaltungen nach der Pariser Außenministerkonferenz am 26. Juli 1949 in Berlin getroffen.

<sup>12</sup> Vgl. Ottschot o rabote sojusnoi kontrolnoi vlasti w Germanii. Ijul 1945 g. – mart 1948 g. [Hg.] Generalny sekretariat Sowetskoi Sekzii Kontrolnowo Soweta w Germanii, Berlin, 1948 g., in: AWP RF, 0456/1/1/1.

über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 wurden „die [...] vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst“, damit Deutschland die „volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ gewährt.<sup>13</sup>

## 2. Institutionen der sowjetischen Nachkriegsplanung

Konkrete Nachkriegspläne über Deutschland unterbreitete die UdSSR bis Kriegsende nicht und begründete ihre Zurückhaltung in der Europäischen Beratenden Kommission mit der besonderen Kriegsbeanspruchung<sup>14</sup>. Dieser zum Trotz war durch den Beschluß des Politbüros des ZK der WKP(B) vom 25. Juni 1941, also bereits am dritten Tag der deutschen Invasion, das Sowjetische Büro für militärpolitische Propaganda (Sowetskoi bjuro wojenno-polititscheskoi propagandy) gebildet worden, „um alle Aktionen unter den Truppen und der Bevölkerung des Gegners zu konzentrieren“<sup>15</sup>. Unter der Leitung des damaligen Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlawPURKKA) Lew Mechlis<sup>16</sup> gehörten dem Büro der EKKI-Sekretär Dmitri S. Manuilski<sup>17</sup>, der stellvertretende Volkskommissar des Äußeren Solomon Abramowitsch Losowski<sup>18</sup>, der Leiter der Presseabteilung des Volkskommis-

<sup>13</sup> Bundesgesetzblatt, Teil II, 1990, S. 1317 ff., hier S. 1324.

<sup>14</sup> Vgl. Steger, Bernd: General Clays Stabskonferenzen und die Organisation der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, in: VfZ 27 (1979), S. 113–150, hier S. 118. Ausführlich zur sowjetischen Deutschlandplanung in: SSSR i germanski wopros. 1941–1949. Dokumenty is Archiwa wneschnei politiki Rossiskoi Federazii. T. I.: 22 ijunja 1941 g. – 8 maja 1945 g., Sostawiteli G. P. Kynin i J. Laufer, Moskwa 1996.

<sup>15</sup> Sowetskaja Wojennaja Enziklopedija, hg. vom Institut Wojennoi Istorii beim Ministerium für Verteidigung der UdSSR, Moskwa 1976–1980.

<sup>16</sup> Mechlis, Lew Sacharowitsch (1889–1953) war ab 1922 im Sekretariat Stalins und später einer seiner persönlichen Sekretäre, ab 1930 Abteilungsleiter Presse im ZK, Chefredakteur der „Prawda“, ab 1937 ZK-Mitglied, 1940–41 Volkskommissar für Staatskontrolle und stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR, 1941–42 Chef GlawPURKKA; dann Mitglied verschiedener Kriegsräte an der Front; 1946–50 Minister für Staatskontrolle der UdSSR.

<sup>17</sup> Manuilski, Dmitri Sacharowitsch (1883–1959) war ab 1922 in der Komintern tätig, 1923–39 Mitglied des ZK der WKP(B), ab 1924 Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI), 1928–43 2. Sekretär des EKKI und WKP(B)-Vertreter bei der Komintern, gleichzeitig leitender Mitarbeiter des ZK WKP(B) und der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, ab Juli 1944–1953 stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare/stellvertretender Ministerpräsident und Volkskommissar/Minister des Äußeren der Ukrainischen SSR; gleichzeitig weiterhin für ZK und GlawPURKKA tätig.

<sup>18</sup> Losowski, Solomon Abramowitsch (1878–1952) war bis 1937 Vorsitzender der Gewerkschaftsinternationale (Profintern), 1937 in Ungnade gefallen, 1939–46 stellvertretender Volkskommissar des Äußeren der UdSSR, 1941–45 zugleich stellvertretender bzw. ab 1945 Chef des Sowjetischen Informationsbüros, 1949 verhaftet, später zum Tode verurteilt und hingerichtet.

sariats des Äußeren N. G. Palgunow<sup>19</sup>, W. S. Kruschkow<sup>20</sup> sowie als Berater Eugen Varga an<sup>21</sup>. 1942/43 wurde das Büro als 7. Abteilung unmittelbar der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee unterstellt. Ihre Leitung übernahm nach der Entlassung Mechlis' 1942 Alexandr S. Schtscherbakow.

Ebenfalls bereits im Juni 1941 – am 24. – wurde wiederum bei der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee auf Initiative des ZK der WKP(B) und des Rates der Volkskommissare ein Sowjetisches Informationsbüro (Sowetskoije Informazionnoje bjuro, Sowinformbjuro) zur „Konzentration der Führung aller Arbeiten auf dem Gebiet der Aufklärung internationaler Ereignisse, [...] des Innenlebens des Landes, [...] der Gegenpropaganda und weitere wichtige Aufgaben“<sup>22</sup> errichtet. Schtscherbakow stand ihm vor, sein Stellvertreter war Losowski, der nach dem Tod des Vorsitzenden 1945 an dessen Stelle vorrückte. Als Mitglieder gehörten ihm u. a. der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees Polikarpow, der TASS-Vertreter Chawenson, der Vorsitzende des Komitees für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland WOKS Kemenow, der Leiter der Verwaltung Agitation und Propaganda des ZK G. F. Alexandrow<sup>23</sup> und der stellvertretende Generalsekretär des Volkskommissariats für Äußeres G. F. Saksin an<sup>24</sup>. Während des Krieges verfügte das Büro über direkte Informationen des sowjetischen Generalstabes<sup>25</sup>.

Parallele fachliche Einrichtungen entstanden auch beim ZK der WKP(B). Nach der Auflösung der Komintern 1943 übernahm Georgi Dimitroff die Leitung der im Sommer 1943 neu gebildeten Abteilung für Internationale Information des ZK der WKP(B)<sup>26</sup>. Nominell stand ihr aus Tarnungsgründen Schtscherbakow vor, Dimitroff als geschäftsführender Leiter und Manuilski rangierten formell als Stellvertreter. Anfang 1944 übernahm aber Dimitroff die Leitung des inzwischen zur Auslandsabteilung mutierten ZK-Gremiums für die Nachfolge-Organen der Komintern, in der Manuilski als sein Stellvertreter

<sup>19</sup> Palgunow, Nikolai Grigorewitsch (1898–1971) war 1940–41 stellvertretender und 1941–44 Leiter der Presseabteilung des Volkskommissariats des Äußeren der UdSSR, 1944–60 Generaldirektor der TASS.

<sup>20</sup> Kruschkow, W. S. (1905) war ab 1943 stellvertretender Chefredakteur von „Woina i rabotschi klass“, 1944–49 Direktor des Instituts für Marxismus/Leninismus beim ZK der WKP(B).

<sup>21</sup> O sosdanii Sowetskowo bjuro wojenno-polititscheskoi propagandy, in: Iswestija ZK KPSS 3/1990, S. 203–204.

<sup>22</sup> Sowetskaja Wojennaja Enziklopedija 1976–1980, Bd. 7, S. 415.

<sup>23</sup> Alexandrow, Georgi Fjodorowitsch (1908–1961) war 1939–47 Leiter der ZK-Verwaltung für Agitation und Propaganda, 1941–52 Kandidat des ZK der WKP(B).

<sup>24</sup> Naumow, W. P. (Hg.): Nепrawedny sud. Posledni Stalinski rasstrel. Stenogramma sudebnowo prozessa nad tschlenami Jewreiskowo antifaschistskowo komiteta, Moskwa 1994, S. 146. – Dort ist der Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabes nicht als Mitglied genannt, seine Mitgliedschaft wird jedoch durch andere Primärquellen bestätigt. – Saksin, Georgi Filippowitsch (1904–1982), u. a. 1943–44 Berater der UdSSR-Botschaft bei den Exilregierungen in London und 1944–49 bei der Botschaft in Großbritannien.

<sup>25</sup> Stemenko, S. M.: Generalní stáb za války, Praha 1973, S. 365.

<sup>26</sup> Vgl. Adibekow, Grant M.: Kominform i poslewojennaja Jewropa, Moskwa 1994, S. 9.

fungierte. Beide waren verpflichtet, ständigen Kontakt zum Politbüro-Mitglied Molotow zu halten<sup>27</sup>, der die Oberaufsicht über die Abteilung innehatte. Dimitroff selbst war darin für Grundsatzfragen zuständig, Manuilski übernahm die Arbeit unter Kriegsgefangenen<sup>28</sup>. Aus dem Nachlaß der Komintern wurde ferner ab Juli 1943 die Kaderabteilung des EKKI als besonderer Sektor der Kaderverwaltung des ZK der WKP(B) weitergeführt. Außerdem wurden die schon 1942 zusammengelegten Abteilungen für Spezialverbindungen und für internationale Verbindungen (OMS) im Forschungsinstitut Nr. 100, die nationalen Radiosender und die Presseabteilung des EKKI im Rahmen des Forschungsinstituts Nr. 205 und schließlich die Arbeit unter Kriegsgefangenen im Institut Nr. 99 konzentriert<sup>29</sup>. Als wissenschaftliche Forschungsinstitute getarnt wurden diese Nachfolgeorgane der Komintern Dimitroffs neuer ZK-Abteilung eingegliedert. Allein im Institut Nr. 205 waren noch im September 1946 326 Mitarbeiter tätig, davon 104 Ausländer<sup>30</sup>. Dem Institut oblag auch die „wissenschaftliche Forschungsarbeit mit hochqualitativen operativen Informationen“ in erster Linie „über Fragen der kommunistischen, Arbeiter-, nationalen Befreiungs- und demokratischen Bewegung im Ausland sowie eine Informationspflicht gegenüber dem ZK der WKP(B)“ nach Arbeitsplänen der Abteilung Außenpolitik des ZK<sup>31</sup>. Deren späterem Leiter Suslow schwebte nach dem Zeugnis eines Mitarbeiters schon im Krieg eine Umbildung des damals von dem Komintern-Kader Bedrich (Friedrich) Geminder geführten Forschungsinstituts Nr. 205 in ein künftiges Zentrum des Weltkommunismus vor<sup>32</sup>. Außer Malenkow<sup>33</sup> nahm vor allem Andrei A. Schdanow, in dessen Ver-

<sup>27</sup> Vgl. Lebedewa, N. S./Narinski, M. M.: Rospusk Komintern, in: Rscheschewski, O. A. (Hg.): Wtoraja mirowaja woina, Moskwa 1995, S. 72–86, hier S. 84. – Generell sei angemerkt, daß die vordergründig gesehen redundanten Ordnungsstrukturen anhand der bestenfalls vorliegenden sekundären Belege nicht analysiert werden können. Definitiv wurde die Abteilung für Auslandsinformation im Dezember 1945 in Abteilung für Außenpolitik umbenannt. – Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch (1890–1986), 1921–57 Mitglied des ZK, 1921–30 Sekretär des ZK, 1926–57 Mitglied des Politbüros des ZK der WKP(B)/KPdSU; 1930–41 Vorsitzender im Rat der Volkskommissare der UdSSR, 1939–49 und 1953–56 Volkskommissar/Minister des Äußeren der UdSSR, 1953–57 erster stellvertretender Vorsitzender im Ministerrat, 1957 ZK- und 1962 Parteiausschluß, 1984 Wiederaufnahme in die KPdSU.

<sup>28</sup> Vgl. Adibekow, Kominform 1994, S. 10. – Anders bei Naumow, W. P. (Hg.): Neprawedny sud 1994, S. 146.

<sup>29</sup> Vgl. Adibekow, Kominform 1994, S. 10.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>32</sup> Vgl. Grünwald, Leopold: Wandlung. Ein Altkommunist gibt zu Protokoll, Wien o. J. [1980], S. 88. – Geminder, Friedrich (Bedrich) (1901–1952) war ab Ende der zwanziger Jahre Mitarbeiter des geheimen Komintern-Apparats in Europa, bis 1943 Leiter der Informations- und Presseabteilung der Komintern, danach des Instituts Nr. 205; nach seiner Rückkehr in die CSR war er Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KP Tsch; 1952 hingerichtet. Gilt als Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes.

<sup>33</sup> Malenkow, Georgi Maximilianowitsch (1901–1988), ab 1934 Leiter der Abteilung Parteior-gane beim ZK, 1939–46 und 1948–53 Sekretär des ZK der WKP(B), 1939–57 Mitglied des

antwortungsbereich die von Dimitroff geleitete Abteilung Internationale Verbindungen fiel, eine herausragende Position im sowjetischen ZK-Apparat ein. Schdanow war seit einigen Jahren einer der führenden Außenpolitiker und Ideologen der WKP(B), sein Schwiegersohn Schtscherbakow stand der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und als ZK-Sekretär auch dem 1942 beim ZK der WKP(B) eingerichteten Rat für militärpolitische Propaganda vor<sup>34</sup>. Aktiven Anteil an der Nachkriegsplanung hatten im Rahmen und unter Leitung dieser Gremien ebenfalls die Moskauer Exilvertretungen der kommunistischen Parteien.

Neben diesen Zentralen für politische Nachkriegsplanung nahmen im September 1943 (also noch vor der Moskauer Konferenz) beim Volkskommissariat für Auswärtige Beziehungen mehrere Expertenstäbe die Tätigkeit auf: Unter dem Vorsitz von Kliment Woroschilow eine Kommission zur Vorbereitung der Verhandlungen in der Europäischen Beratenden Kommission<sup>35</sup>, unter dem stellvertretenden Volkskommissar des Äußeren Maxim Litwinow eine Kommission zu Fragen der Friedensverhandlungen und der Nachkriegsordnung<sup>36</sup> (ihr gehörten auch die schon genannten D. S. Manuilski und S. A. Losowski an), und unter Leitung des bisherigen Botschafters in London Iwan M. Maiski entstand etwas später eine Kommission für Reparationsfragen. Ihr gehörte auch der in der Komintern renommierte ungarische Nationalökonom Eugen Varga an<sup>37</sup>, dessen Expertisen über eine rasche wirtschaftliche Gesundung eines kapitalistisch organisierten Nachkriegs-Deutschlands die Grundlage für die in Jalta vorgetragenen sowjetischen Reparationsforderungen bildeten<sup>38</sup>. Als weiterer Vertreter des Außenministeriums war darin G. P. Arkadjew vertreten und vom Staatlichen Planungskomitee (Gosplan) zunächst W. W. Kusnezow,

Politbüros; 1953–55 Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, 1955–57 Minister für Kraftwerke der UdSSR, 1957 ZK- und 1961 KPdSU-Ausschluß.

<sup>34</sup> Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1968, Bd. 6, S. 420.

<sup>35</sup> Woroschilow, Kliment J. (1881–1969), Marschall, 1926–60 Mitglied des Politbüros/Präsidiums des ZK der WKP(B)/KPdSU, 1953–60 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

<sup>36</sup> Litwinow, Maxim Maximowitsch (1876–1951), 1930–39 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, 1941–43 Botschafter in den USA, 1943–46 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

<sup>37</sup> Vgl. Maiski, Iwan Michailowitsch: *Memoiren eines sowjetischen Botschafters*, Berlin (Ost) 1977. – Maiski, I. M. (1884–1975) war ursprünglich Menschewik, ab 1922 im diplomatischen Dienst, ab 1932 in Großbritannien und 1941–43 Botschafter in London, 1943–46 stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, 1947–54 wissenschaftliche Arbeit als Historiker. M. geriet Ende der vierziger Jahre in die „antizionistische Kampagne“ und wurde 1954 von der Militärstaatsanwaltschaft wegen Verdachts der Spionage für Japan, England und die USA in Haft genommen, 1955 aber wegen Zusammenarbeit mit Berija zur „Verschickung“ verurteilt und noch 1955 begnadigt, 1960 rehabilitiert. 1958–68 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu: Duda, Gerhard: *Jenő Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921–1970*, Berlin 1994, S. 157f.

später M. S. Saburow<sup>39</sup>. Bereits einen Monat früher, also am 21. August 1943, war beim Staatlichen Verteidigungskomitee, ab 1945 beim Rat der Volkskommissare der UdSSR angesiedelt, unter der Leitung von Georgi M. Malenkow ein Komitee zur Wiederherstellung der Volkswirtschaften in den befreiten Gebieten entstanden. Ihm gehörten Lawrenti P. Berija<sup>40</sup>, Anastas I. Mikojan<sup>41</sup>, Nikolai A. Wosnessenski<sup>42</sup> und Andrei A. Andrejew<sup>43</sup> an. Eine parallele Kommission wurde auch beim ZK eingerichtet, in der wiederum Manuilski und Dimitroff in leitender Stellung tätig waren.

Emigrierte deutsche Kommunisten und bald auch kriegsgefangene Absolventen sogenannter Antifa-Schulen wurden in der Sowjetunion schon ab 1942 in größerem Umfang in die Arbeit des militärpolitischen Apparates einbezogen. Nach sowjetischen Angaben waren im Krieg etwa 2500 Deutsche unmittelbar bei der für die Gegnerersetzung zuständigen 7. Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee tätig<sup>44</sup>. Dort stand der Orientalistik-Pro-

<sup>39</sup> Zur Arbeit der Kommissionen vgl. Filitow, A. M.: W komissijach narkomindela [...], in: Ršeschewski, O. A. (Hg.): Wtoraja mirowaja woina. Aktualnyje problemy, Moskwa 1995, S. 54–71 und Kynin, G. P.: Antigidrowskaja koalizija i wopros o poslewojennom ustroistwe Germanii, in: Ršeschewski, O. A. (Hg.): Wtoraja mirowaja woina 1995, S. 166–177 – Kusnezow, Wassili Wassilewitsch (1901–1990), 1940–43 stellvertretender Vorsitzender Gosplan u. ab 1941 gleichzeitig stellvertretendes Mitglied GOKO für Fragen der Metallurgie, ab 1943 höchste Positionen in Gewerkschaft, 1953–55 stellvertretender Außenminister UdSSR und Botschafter in Korea, 1955–77 Erster stellvertretender Außenminister, 1977–86 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

<sup>40</sup> Berija, Lawrenti Pawlowitsch (1899–1953), ab 1921 führende Positionen in Sicherheitsorganen, 1934–53 Mitglied des ZK der WKP(B), 1938–45 und März bis Juli 1953 Volkskommissar bzw. Minister des Innern der UdSSR, ab 1941 stellvertretender und 1946–53 Erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR; 1945 Marschall; ab 1946 Mitglied des Politbüros der WKP(B); 1953 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

<sup>41</sup> Mikojan, Anastas Iwanowitsch (1895–1978), 1923–76 Mitglied des ZK, ab 1926 Volkskommissar und 1936–49 Volkskommissar/Minister für Außenhandel; 1935–66 Mitglied des Politbüros des ZK, 1955–64 Erster stellvertretender Vorsitzender im Ministerrat der UdSSR, 1964–65 Vorsitzender und 1965–74 Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

<sup>42</sup> Wosnessenski, Nikolai Alexejewitsch (1903–1950), ab 1919 Mitglied der WKP(B), 1928–34 Studium, 1935 Promotion, ab 1937 stellvertretender und ab 1938 Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission (GOSPLAN), ab 1939 Stellvertreter und ab 1941 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden beim Rat der Volkskommissare/Ministerrat; ab 1939 Mitglied des ZK, ab 1941 Kandidat und Feb. 1947–März 1949 Mitglied des Politbüros, Okt. 1949 verhaftet, 1950 zum Tode verurteilt und hingerichtet, 1954 rehabilitiert.

<sup>43</sup> Andrejew, Andrei Andrejewitsch (1895–1971), 1932–52 Mitglied des Politbüros und 1939–46 des Orgbüros, 1935–46 zugleich Sekretär des ZK der WKP(B); 1939–52 Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle beim ZK; außerdem Inhaber zahlreicher Staatsämter im Ministerrang.

<sup>44</sup> So: Semirjaga, Michail Iwanowitsch: Wtoraja mirowaja woina i proletarski internazionalism, Moskwa 1962, S. 203. – Nach den Erinnerungen des ehemaligen Leiters der Sonderoperationen im sowjetischen Geheimdienst Pawel Sudoplatow standen unter seinem Kommando insgesamt 2000 Ausländer, vgl. Sudoplatow, Pawel A. und Sudoplatow, Anatolij: Der Handlanger der Macht. Enthüllungen eines KGB-Generals, Düsseldorf 1994, S. 165. Bis zum 29. April 1945 gehörten dem Institut Nr. 99 u.a. Anton Ackermann, Walter Ulbricht, Kurt Fischer, Otto Fischer, Peter Florin, Georg Wolf als etatmäßige Mitarbeiter an,



fessor Dr. Jossif Samuelowitsch Braginski der Deutschen Abteilung vor. Neben dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und dem Bund Deutscher Offiziere (BDO), die im Juli bzw. September 1943 entstanden waren, nahm nach der Konferenz von Teheran auch das KPD-Exil im Januar 1944 die Planungsarbeit auf und legte im Herbst 1944 ein „Aktionsprogramm des Blocks der kämpfenden Demokratie“ vor. Allerdings wurde es nach der Konferenz von Jalta weitgehend zurückgenommen, die KPD-Exilführung beschränkte sich in ihren „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“ vom 5. April 1945 auf die Unterstützung der Roten Armee<sup>45</sup>. Planungen aus dem Umfeld des NKFD, das wie die übrigen genannten Einrichtungen eng mit dem NKWD-Apparat vernetzt war, wirkten sich insbesondere auf die Personalpolitik in der späteren SBZ aus<sup>46</sup>. Doch auch unabhängig von ihren Resultaten verdient die politische Planung schon deshalb Beachtung, weil sich die daran Beteiligten mit der Materie vertraut machen und später als fachliche Berater vielfach Einfluß auf sowjetische Entscheidungen nehmen konnten.

### 3. Überlegungen zur Besatzungsorganisation

Erste Meldungen über die Verwaltung besetzter Gebiete tauchten in „Woina i rabotschi klass“, dem Organ des Sowjetischen Büros für militärpolitische Propaganda, vom 1. September 1943 auf<sup>47</sup>. Die ausführliche Berichterstattung über das damals in Sizilien gerade installierte Allied Military Government for Occupied Territories (AMGOT) stellte eine differenzierte Analyse der amerikanisch-britischen Militärverwaltung in Italien vor, die als Lehrbeispiel angeboten wurde. Die grundlegenden Elemente der anglo-amerikanischen Praxis bestanden im Festhalten an der im Land vorgefundenen administrativen Struktur unter der Oberaufsicht eines Offiziers für Zivilangelegenheiten als Chef der Militärregierung, der dem Militärgouverneur als dem Obersten Chef unterstellt war. Die auf Sizilien angewandte Regelung, wo der Militärgouverneur als Oberbefehlshaber die gesamte militärische und administrative Befehlsgewalt in seinen Händen konzentrierte, findet man später auch bei der SMAD wieder. Desgleichen die fachliche Gliederung sowie die Aufgabenstruktur des Be-

bis 31. Dezember 1945 auch Erich Weinert, der Präsident des NKFD. Vgl. auch „Bolschaja tschast wojennoplennych popolnit rjady Sozialistitscheskoi Jedinoi Partii Germanii“. Neiswestny projekt feldmarschala Pauljussa, in: *Istotschnik* 3/1994, S. 102–107, hier S. 102.

<sup>45</sup> Vgl. Laschitza, Horst: *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die programmatische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD, Berlin (Ost) 1969*, und Erler, Peter u. a. (Hg.): *„Nach Hitler kommen wir“*. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

<sup>46</sup> Vgl. u. a. Pseudonim „Swoboda“. *Is istorii organizazii, sosdanych dlja rasloschenija woisk i tyla protiwnika. 1943–1944 gg.*, in: *Istoritscheski archiw* 5/1994, S. 136–164.

<sup>47</sup> Wolynski, L.: AMGOT, in: *Woina i rabotschi klass*, Nr. 7/1, Sept. 1943, S. 24–27.

satzungsapparates. Kritik wurde sowjetischerseits lediglich an der Isolation der anglo-amerikanischen Besatzungsverwaltung von „den Massen des italienischen Volkes“, an ihrer politischen Abstinenz und der angeblich distanzierten Haltung der Westalliierten gegenüber den italienischen Antifaschisten geübt, inhaltlich also an den restaurativen Elementen der Besatzungspolitik. Diese Kritik gipfelte in dem Vorwurf, daß das faschistische Regime durch die westlichen Besatzungsmächte nur formal und nicht faktisch liquidiert und der faschistische Apparat durch die Besatzungsverwaltung geschützt werde, anstatt daß demokratische Elemente in Regierungspositionen gebracht würden<sup>48</sup>. Auch spätere – ebenso detaillierte – Berichte lassen viele formale Ähnlichkeiten zwischen der zur gleichen Zeit in den Grundzügen entstehenden sowjetischen Besatzungsorganisation in den außerhalb der Sowjetunion „befreiten Gebieten“ und der anglo-amerikanischen Praxis in Westeuropa erkennen<sup>49</sup>. Sogar Berija ließ sich bei seinen Entscheidungen hinsichtlich der sowjetischen Besatzungsverwaltung in Deutschland durchaus von amerikanischen Organisationsstrukturen inspirieren, wie aus seinem Brief an Stalin vom 22. April 1945 hervorgeht<sup>50</sup>.

Daß man sich in Moskau abstrakt kaum Gedanken über die Besatzungsverwaltung machte, ist auch durch Aussagen Stalins belegt. Zwar sind die in amerikanischen Quellen überlieferten Äußerungen nicht wörtlich zu nehmen, doch charakterisieren sie recht treffend die Art, in der die mit der Besatzung zusammenhängenden Probleme wahrgenommen, und die pragmatische Form, in der sie gelöst wurden. Nachdem sich Stalin und sowjetische Offiziere Anfang 1945 bei den Westalliierten über angeblich starke Agententätigkeit im Hinterland der Roten Armee beklagt hatten (tatsächlich war der bewaffnete Kampf gegen den polnischen nationalen Widerstand gemeint), antwortete der sowjetische Diktator auf die Frage des US-Generals Harold R. Bull vom SHAEF-Stab, wie die Kontrolle in den besetzten Gebieten gehandhabt werde, daß grundsätzlich jede Armeegruppe für die Sicherung des eigenen Operationsgebietes zuständig sei. Da für diese Aufgaben die Kampftruppen jedoch nicht befähigt seien, würden dazu NKWD-Truppen verwendet, die als von der Armee unabhängige Teile hinter den Armeetruppen operierten<sup>51</sup>. Dem NKWD unter der Leitung Berijas hatte Stalin schon 1943 die Kontrolle der „befreiten Gebiete“ übertragen<sup>52</sup> und mit seiner Weisung vom 18. Dezember 1944 die Kompetenzen des NKWD auf das Ausland erweitert.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>49</sup> Vgl. Wolyński, L.: Jeschtscho ob AMGOT'e, in: *Woina i rabotschi klass*, Nr. 8/Sept. 1943, S. 17–20 sowie Ruzin, N.: Ob organizazii graschdanskowo upravlenija na oswoboschdajemych territorijach, in: *Woina i rabotschi klass*, Nr. 11/1. Juni 1944, S. 11–16.

<sup>50</sup> Berija/Stalin/22. 4. 1945, in: GARF, r 9401/2/95, Bl. 317–318.

<sup>51</sup> Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force/General Wickersham/22 February 1945, in: BAK, OMGUS/AGTS 20/16.

<sup>52</sup> Vgl. Wolkogonow, Dmitri Antonowitsch: Stalin: Triumph und Tragödie: Ein politisches Porträt, Düsseldorf 1989 (Teilausgabe), S. 609.

Es gab natürlich entsprechende Planungen und Entwürfe, die in den Expertenkommissionen des sowjetischen Volkskommissariats des Äußeren entstanden waren<sup>53</sup>. Sie sind insoweit bemerkenswert, als zunächst die Gemeinsamkeiten in der Organisation des alliierten Okkupationsregimes im Vordergrund standen und sogar eine Fortführung deutscher staatlicher Machtstrukturen in Erwägung gezogen wurde, was dann jedoch in der Verordnung über die SMAD vom 6. Juni 1945 nicht in die Realität umgesetzt wurde. Wenn man dem russischen Diplomaten und Historiker G. P. Kynin folgt, so bestimmte bis zum 24. März 1945 die in Jalta dem Grundsatz nach vereinbarte Aufteilung Deutschlands die Planung, bis Molotow ein Machtwort gesprochen habe<sup>54</sup>. Den sowjetischen Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission wies der Volkskommissar für Äußeres damals an, die Zerstückelungsvariante (rasschlenenije) lediglich als äußerstes diplomatisches Druckmittel gegen Deutschland zu betrachten<sup>55</sup>. Molotow selbst begründete den Sinneswandel mit Rücksichtnahme auf die öffentliche Weltmeinung. Andere Erklärungen besagen, daß man im Kreml innerhalb einiger Wochen die Überzeugung gewonnen habe, ein deutscher Einheitsstaat auf einer der Weimarer Republik vergleichbaren sozioökonomischen Ordnungsgrundlage entspreche eher sowjetischen Interessen<sup>56</sup>. Am 9. Mai 1945 gab Stalin eine öffentliche Erklärung ab, daß die UdSSR Deutschland nicht zerschlagen wolle. Dazu erläuterte er Ende Mai 1945 dem amerikanischen Unterhändler Harry Hopkins, er habe den Eindruck gewonnen, die USA und Großbritannien seien gegen eine Aufteilung Deutschlands<sup>57</sup>.

Diese Interpretation bedarf der Relativierung, denn bereits Anfang September 1944 lagen dem deutschen Geheimdienst Informationen aus der sowjetischen Botschaft in Stockholm vor, daß es zwischen den Alliierten in dieser Frage Differenzen gebe: Während die Westmächte für eine Zerstückelung Deutschlands einträten, sei die Sowjetunion an der Erhaltung des deutschen Industriepotentials und deshalb an der Einheit Deutschlands interessiert<sup>58</sup>. Ähnlich hieß es in einem Schreiben an Heinrich Himmler vom 18. September 1944, daß Stalin von den in Teheran getroffenen Abmachungen abgehe und vor kurzem Roosevelt mitgeteilt habe, daß er keine Zerstückelung Deutschlands

<sup>53</sup> Filitow, A. M.: W komissijach narkomindela [...], in: Ršcheschewski, Wtoraja mirowaja woina 1995, S. 66f.

<sup>54</sup> Kynin, G. P.: Antigitlerowskaja koalizija i wopros o poslewojennom ustroistwe Germanii, in: Ršcheschewski, Wtoraja mirowaja woina 1995, S. 174.

<sup>55</sup> Vgl. Telegramma narodnowo komissara inostrannych del SSSR W. M. Molotowa poslu SSSR w Londone F. T. Gussewu/24 marta 1945, in: SSSR i germanski wopros 1996, S. 626.

<sup>56</sup> Falin, Valentin: Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition, München 1995, S. 468f.

<sup>57</sup> Kynin, G. P.: Antigitlerowskaja koalizija i wopros o poslewojennom ustroistwe Germanii, in: Ršcheschewski, Wtoraja mirowaja woina 1995, S. 174.

<sup>58</sup> Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Nr. 21472/9.44 vom 13. Sept. 1944, in: BAK, R 58/1114.

und eine gute Behandlung der Deutschen wünsche<sup>59</sup>. Welche der beiden Lesarten ex post facto als Desinformation bewertet wird, bleibt nachrangig; die Quellen reflektieren unmittelbar die taktischen Elemente der Verhandlungsführung. Zu beachten ist vielmehr die Tatsache, daß Separatismus in der Londoner Europäischen Beratenden Kommission nicht tabu war: Dahingehende Bestrebungen sollten im besetzten Deutschland gleichberechtigt mit jenen politischen Tendenzen unterstützt werden, die programmatisch für Föderalismus und Dezentralisation eintraten. Dabei war aber besondere Vorsicht zu üben, hieß es in diesem Papier ausdrücklich, damit separatistische Bestrebungen nicht dadurch kompromittiert würden, indem der Eindruck entsteht, daß die Alliierten sie aktiv unterstützen<sup>60</sup>. Die konsensfähige Sollbruchstelle war also schon durch die Diplomaten markiert worden.

Der schließlich vom Rat der Volkskommissare angenommene Beschluß über die Struktur der SMAD vom 6. Juni 1945 beruhte laut A. M. Filitow weitgehend auf Planungsentwürfen der Diplomaten A. A. Smirnow und W. S. Semjonow vom Mai 1945<sup>61</sup>. Semjonow gehörte ab September 1944 als Deutschland-Berater einer Arbeitsgruppe im Volkskommissariat des Äußeren der UdSSR an, die sich unter Wahrung „strengster Geheimhaltung“ in direktem Zusammenwirken mit dem Staatlichen Verteidigungskomitee (GOKO; Vorsitz: Stalin), dem außenpolitischen Apparat des ZK und der Politischen Verwaltung der Armee intensiv mit konkreten Besatzungsfragen beschäftigte<sup>62</sup>. Der russische Historiker Filitow charakterisiert die beiden zuletzt genannten Diplomaten als „pragmatisch“, während er Maiski und Litwinow als den Vorsitzenden der Expertenstäbe eine „globale Herangehensweise“ an die deutsche Frage bescheinigt<sup>63</sup>. Allerdings ist bisher nicht erforscht, in welchem Maß die strategischen Planungen in die Gestaltung der Nachkriegspolitik einfließen. Semjonow bekennt sogar freimütig, daß in seinem mit operativen Fragen beschäftigten Stab die Ergebnisse dieser strategischen Planungen gar nicht bekannt gewesen seien. Informiert war der spätere „Chefdiplomat“ bei der

<sup>59</sup> Chef der Sicherheitspolizei und des SD/An den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei/Geheime Reichssache/18. Sept. 1944/betr. Sowjetische Pläne mit Deutschland, in: ebenda.

<sup>60</sup> So: Punkt 5 der Direktiva No 1/Germanija w poslekapituljazionnoi period, in: AWP RF, 457a/1945/1/6/2, Bl. 4. – Ein systematischer Abgleich der EAC-Dokumente zur Feststellung ihrer juristischen Aussagekraft war nicht möglich. Grundsätzlich ist aber zu beachten, daß im Völkerrecht rechtsmaterielle und prozedurale Aspekte vielfach identisch sind. Als Beispiel könnte das sogenannte „non-paper“ gelten.

<sup>61</sup> Filitow, A. M.: W komissijach narkomindela [...], in: Ršcheschewski, Wtoraja mirowaja woina 1995, S. 67f. Vgl. dazu auch Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 207f., wonach er die Entwürfe im Mai 1945 in Berlin zusammen mit dem Stabschef der 1. Belorussischen Front (und später der SMAD) W. Kurassow gemacht habe.

<sup>62</sup> Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow 1995, S. 156–165.

<sup>63</sup> Filitow, A. M.: W komissijach narkomindela [...], in: Ršcheschewski, Wtoraja mirowaja woina 1995, S. 69.

SMAD nicht einmal über die Beschlüsse der Europäischen Beratenden Kommission in London<sup>64</sup>. Lediglich bei der Formulierung der in Jalta vorgetragenen sowjetischen Reparationsforderungen wurde auf Vorarbeiten der Maiski-Kommission zurückgegriffen. In der politischen Zielsetzung wie in den formalen Organisationsfragen bewegte sich die sowjetische Praxis zunächst im Rahmen der durch die Europäische Beratende Kommission im Frühjahr 1945 fertiggestellten grundlegenden Akte der Besatzungsverwaltung, die bereits vor der Niederwerfung Deutschlands die spätere gesetzgeberische Tätigkeit des Kontrollrats zu einem guten Teil vorbereitet hatten<sup>65</sup>.

#### 4. Vorbereitung für die Besatzungsverwaltung

Historiker haben die Frage nach der konkreten Vorbereitung sowjetischer Offiziere für Besatzungsaufgaben in Deutschland lange kontrovers beantwortet. Der DDR-Historiker Heinz Heitzer vermutete beispielsweise „eine intensive und langfristige Vorbereitung“<sup>66</sup>, während S. I. Tjulpanow feststellte, daß die WKP(B) und die Sowjetunion „keine ausgearbeitete Theorie der Besatzungsadministration“ hatten, aber eine erprobte Konzeption der Befreiung<sup>67</sup>. Es sei nicht möglich gewesen, „die Truppen für die endgültige Zerschlagung des Gegners zu mobilisieren und gleichzeitig konkrete Weisungen darüber zu erteilen, was nach dem Siege zu tun sei. Die Sowjetunion hatte nicht wie die Westmächte die Möglichkeit, die Kader im Hinterland ruhig auf die Besetzung vorzubereiten“<sup>68</sup>. Ein klares Urteil fällt Marschall Schukow, die dokumentations-technisch und fachlich vorzüglich vorbereiteten westlichen Alliierten, vor allem die Amerikaner, vor Augen: „Nichts davon haben wir gehabt“. Vieles habe man sich erst während der Tätigkeit aneignen müssen, oft mußte man sich mit Moskau konsultieren und von dort Anordnungen holen, was die Operationalität im Kontrollrat behindert habe<sup>69</sup>. Erfahrungen mit Besatzungsverwaltungen konnten die Russen allerdings neben Italien vor allem in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland sammeln, in denen alliierte Kontrollkommissionen errichtet wurden<sup>70</sup>. Unter vorläufige sowjetische Militärverwaltung wurden grundsätzlich auch be-

<sup>64</sup> Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow 1995, S. 157–159.

<sup>65</sup> Vgl. Entwürfe späterer Direktiven des Kontrollrats u. a. in: AWP RF, 457 „a“/1/6/2.

<sup>66</sup> Heitzer, Heinz: Die Befreiung durch die Sowjetunion und der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: ZfG, 28. Jg. (=1980), S. 711–729, hier S. 724.

<sup>67</sup> Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch: Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: ZfG, 15. Jg. (=1967), S. 240–252, hier S. 243.

<sup>68</sup> Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch: Die Rolle der Sowjetischen Militäradministration im demokratischen Deutschland, in: 50 Jahre Triumph des Marxismus-Leninismus, Berlin (Ost) 1967, S. 30–69, hier S. 45.

<sup>69</sup> Schukow, Wospominanija 1990, 10. Auflage, Bd. 3, S. 319.

<sup>70</sup> Vgl. u. a. Wiskow und Kulbakin, Sojusniki 1990.

freite Gebiete der Vereinten Nationen<sup>71</sup> gestellt, sofern sie von Kampfhandlungen betroffen waren, an denen die Rote Armee teilnahm.

Die nur spärlich vorliegenden Daten über konkrete Maßnahmen erlauben lediglich die Feststellung, daß 1944 25 Offiziere, alle Mitarbeiter der für psychologische Kriegsführung zuständigen 7. Abteilung der GlawPURKKA, darunter auch Tjulpanow, nach Moskau beordert wurden, wo sie u. a. mit den „Vorstellungen von den künftigen Aufgaben in den besetzten Gebieten“ Manuilskis, Dimitroffs und Piecks bekannt gemacht wurden<sup>72</sup>. An Vorträge Piecks, Ulbrichts und Ackermanns, die Ende 1944 an der Militärpolitischen Akademie in Moskau über die politische Lage in Deutschland und über die Hauptlinien der KPD-Politik informierten, erinnerte sich 1986 der spätere Sektorenleiter der SMAD-Abteilung für Volksbildung Pjotr I. Nikitin<sup>73</sup>. Lew Kopelew erwähnte in seinen Erinnerungen, daß seine Frau im Herbst 1944 zu einem Lehrgang für die Vorbereitung auf die Arbeit in der Besatzungsverwaltung in Deutschland abkommandiert worden sei<sup>74</sup>. Sehr ausführliche und bezüglich der Intensität stellenweise sicherlich übertriebene Aufmerksamkeit widmete diesem Thema der ehemalige SMAD-Mitarbeiter Klimow<sup>75</sup>, über Vorbereitungen im Volkskommissariat für chemische Industrie berichtet Berg<sup>76</sup>, die später ebenfalls in der SBZ tätig war. Zahlreiche verstreute Belege erlauben insgesamt den Schluß, daß sowjetische Offiziere und Fachleute ab Sommer 1944 auf ihre Tätigkeit in der Besatzungsverwaltung in Deutschland durch Schulungen vorbereitet wurden.<sup>77</sup> Daß Intensität und Informationsgehalt der Vorbereitungsmaßnahmen allerdings nicht allzu hoch veranschlagt werden dürfen, bestätigt das Zeugnis des Chefs der SMAD-Landesverwaltung in Thüringen I. S. Kolesnitschenko. Nachdem ihm, früher Mitglied des Kriegsrats einer Armee, in Karlshorst seine Ernennung bekanntgemacht worden war, erhielt er auf seine Frage, worin denn nun seine neue Aufgabe bestehe, lediglich den Rat, die SMAD-Verwaltung für Zivilangelegenheiten aufzusuchen,

<sup>71</sup> „Vereinte Nationen“ oder „Alliierte“ war ursprünglich Sammelbegriff für Staaten, die sich im Kriegszustand mit den Achsenmächten befanden und durch Beistandsverträge aneinander gebunden waren. Zur Sicherung der Nachkriegsordnung gründeten sie 1945 als Organisation der „Vereinten Nationen“ die UNO. Er wird auch zur Kennzeichnung der „Großen Vier“ Alliierten (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) verwendet.

<sup>72</sup> Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch: Deutschland nach dem Kriege: (1945–1949): Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, hg. u. mit einem Nachwort versehen von Stefan Doernberg, 2. Auflage Berlin (Ost) 1987, S. 58.

<sup>73</sup> Vgl. Hochschule für Ökonomie Bruno Leuschner Berlin, Wissenschaftliche Zeitschrift 1/1987, S. 5–8.

<sup>74</sup> Kopelew, Lew: Aufbewahren für alle Zeit! Hamburg 1975, S. 83.

<sup>75</sup> Klimow, Gregori Petrowitsch: Berliner Kreml, Köln, o.J. [1953], S. 43 ff.

<sup>76</sup> Berg, Je.: Dwa goda w okkupirowannoi Germanii, in: Pamjat, Istoritscheski sbornik 5. Moskwa, 1981; Paris, 1982, S. 7–48, hier S. 7.

<sup>77</sup> Aus den russischen und deutschen Akten ergibt sich, daß diese Schulungen im Herbst 1944 begonnen hatten, amerikanische Geheimdienstberichte aus Moskau datieren die Vorbereitungen schon auf Sommer 1944. Vgl. Russian Policy toward Germany, July 8, 1944, in: PSF, OSS/Box 149.

um sich dort genauere Instruktionen zu holen<sup>78</sup>. Ähnlich erging es dem Mitglied des Kriegsrats der SMAD Bokow, dem Schukow lediglich empfehlen konnte, sich mit der Politischen Hauptverwaltung der Armee in Moskau in Verbindung zu setzen<sup>79</sup>. Aufschlußreich hinsichtlich der Unterschätzung der anstehenden Aufgaben ist in diesem Zusammenhang vor allem die sowjetische Personalplanung vom Frühjahr 1945: Für den Kontrollrat waren auf der Grundlage der von der Europäischen Beratenden Kommission entworfenen Strukturen 101 Planstellen vorgesehen<sup>80</sup>, für den Apparat des Oberstkommandierenden, also des späteren Chefs der SMAD, lediglich 125<sup>81</sup>: Beim Kontrollrat mußten die Russen schließlich viermal mehr Personal einsetzen, und der Karlshorster Zentralapparat der SMAD verfügte nach sowjetischen Angaben über fast fünftausend Mitarbeiter<sup>82</sup>, wobei der Besatzungsapparat insgesamt zeitweilig sogar die zehnfache Menge von Mitarbeitern umfaßte.

Für die erste Gruppe emigrierter oder kriegsgefangener deutscher Kommunisten begannen Vorbereitungskurse für ihre künftigen Aufgaben in der späteren SBZ im September 1944 in Nagornoje bei Moskau (Tarnbezeichnung: Objekt 12), also noch bevor die Rote Armee die deutsche Grenze überschritten hatte<sup>83</sup>. Ein solcher Lehrgang dauerte zwei Monate und konzentrierte sich auf ideologische Indoktrination und Unterweisung in Agitprop-Aufgaben<sup>84</sup>. Bis zur Schließung im Dezember 1945 führte die Schule fünf Kurse mit jeweils 25 bis 30 Teilnehmern durch<sup>85</sup>. Gottfried Grünberg, ein Moskauer KPD-Emigrant, berichtet von einem Lehrgang des ZK der KPD in der Nähe von Moskau, an dem er im April 1945 teilgenommen habe<sup>86</sup>. In Ochodna bei Moskau fanden zur gleichen Zeit Kurse für deutsche Mitarbeiter der GlawPURKKA statt. Wilhelm Pieck nahm vom 13. November bis 11. Dezember 1944 an einem Schulungslehrgang teil, den die 7. Abteilung durchführte. Dieser Kurs währte insgesamt 25 Arbeitstage zu je 12 Stunden<sup>87</sup>. Aus dem Lehrplan geht

<sup>78</sup> Koleschnitschenko, Iwan Sossonowitsch: *Bitwa posle woiny*, Moskwa 1987, S. 4.

<sup>79</sup> Bokow, Fjodor Je.: *Im Frühjahr des Sieges und der Befreiung*, Berlin (Ost) 1979, S. 405f.

<sup>80</sup> Spissok No. 2/Sowetski personal w meschsojusnom komitete po koordinazii pri Kontrolnom sowete w Germanii, in: AWP RF, 457 „a“/1/6/2, Bl. 69.

<sup>81</sup> Spissok No. 1/Litschny sostaw ispolnitelnowo organa glawnatschalnika w sowetskoj sone okkupazii w Germanii/o.D., in: AWP RF, 457 „a“/1/6/2, Bl. 72.

<sup>82</sup> M. Gribanow/Iow. Wyschinskomu, A. Ja./Feb. 1950, in: AWP RF, 082/37/206/41, Bl. 11–12.– Dort ist von 4670 Mitarbeitern die Rede.

<sup>83</sup> Vgl. Wehner, Hellfried: *Proletarischer Internationalismus und sozialistische Besatzungspolitik. Ein Beitrag zur antifaschistischen Entwicklung im ehemaligen Land Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Besatzungspolitik*. Phil. Habil., Halle 1970, S. 11.

<sup>84</sup> Vgl. 9. Januar 1945: Rede Wilhelm Piecks in der KPD-Parteischule, in: Keiderling, Gerhard: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945, Berlin 1992, S. 139–156.

<sup>85</sup> Ebenda, S. 29.

<sup>86</sup> Grünberg, Gottfried: *Kumpel, Kämpfer, Kommunist*, Berlin (Ost) 1989, S. 207.

<sup>87</sup> Vgl. hierzu insbes. die interne Dienstweisung: GlawPURKKA – VII Uprawlenije/Programma mesjatschnych sborow rabotnikow sedmymch otdelow. Nojabr 1944 Moskwa, in: SAPMO BArch, ZPA/NL 36/734.

hervor, daß nicht nur deutsche Geographie und Geschichte behandelt wurden, sondern auch konkrete Erfahrungen aus der Arbeit sowjetischer politischer Offiziere unter der Bevölkerung bereits besetzter Gebiete in Polen, Rumänien usw., insbesondere beim Aufbau von Kommunalverwaltungen, vermittelt wurden<sup>88</sup>. Deutsche Kommunisten wurden auch durch eine Spezialeinheit in Puschkino bei Moskau (Objekt No. 4) im Rahmen des Instituts Nr. 100 ausgebildet<sup>89</sup>.

Einige Teilnehmer der Schulungskurse wurden bereits im März 1945 über Mitteldeutschland mit dem Fallschirm abgesetzt, um Untergrundgruppen zur Unterstützung der Roten Armee aufzubauen<sup>90</sup>. Anfang April 1945 teilte Dimitroff Wilhelm Pieck mit, daß der Militärpolitische Rat der Roten Armee der Entsendung von kommunistischen Kadern nach Deutschland zugestimmt<sup>91</sup> und damit einer von Pieck bereits am 13. Juli 1944 geäußerten Bitte entsprochen habe. Diese Gruppen wurden aus emigrierten KPD-Funktionären und Absolventen von sowjetischen Antifa-Schulen zusammengestellt und jeweils einem der drei nach Deutschland vorgestoßenen sowjetischen Heeresverbände zugeordnet: mit dem geographischen Schwerpunkt Berlin eine Gruppe unter der Leitung von Walter Ulbricht, für Mecklenburg-Vorpommern unter Gustav Sobottka und für Sachsen unter Anton Ackermann. Diese in der DDR-Geschichtsschreibung irreführend als Initiativgruppen des ZK der KPD bezeichneten Stoßtrupps unterstanden in politischer Hinsicht unmittelbar der Abteilung für Internationale Verbindungen beim ZK der WKP(B) und in disziplinarisch-operativer den Politischen Verwaltungen der in Mitteldeutschland eingesetzten drei Heeresverbände (Fronten)<sup>92</sup>. Insgesamt wurden nach einer Aufstellung Piecks zwischen dem 1. Mai und dem 10. Juni 1945 275 Kader der KPD und des NKFD in der SBZ eingesetzt<sup>93</sup>, eine Zahl, zu der noch die mehr als zweitausend deutschen Mitarbeiter der GlawPURKKA kommen, die teilweise mit den sowjetischen Kampfverbänden nach Deutschland gelangten und hier im Frühjahr 1945 demobilisiert wurden.

Auch auf deutschem Boden fanden Qualifizierungsmaßnahmen statt. In Zusammenarbeit mit deutschen kommunistischen Emigranten bereiteten sowjetische Politoffiziere in sogenannten NKFD-Frontschulen Kriegsgefangene und frühere Mitglieder von KPD und SPD aus der örtlichen Bevölkerung auf

<sup>88</sup> Vgl. Schulungsmaterial und handschriftliche Notizen, in: SAPMO BArch, ZPA/NL 36/734.

<sup>89</sup> Adibekow, Kominform 1994, S. 12.

<sup>90</sup> Vgl. Wehner, Proletarischer Internationalismus und sozialistische Besatzungspolitik 1970, S. 73.

<sup>91</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>92</sup> Laut einer Auskunft von Iwan A. Bejdin vom 4. Sept. 1992 wurden insgesamt sechs solche „Initiativgruppen“ eingesetzt und nicht nur drei. Keiderling, „Gruppe Ulbricht“ 1992, S. 441, enthält eine Aufstellung Piecks vom Mai 1945 über fünf nach Deutschland abgereiste „Einsatzgruppen“ der KPD.

<sup>93</sup> Keiderling, „Gruppe Ulbricht“ 1992, S. 100.



die Übernahme von Funktionen in der Lokalverwaltung und in der Polizei vor. So 100 Teilnehmer in Stargard oder in Stettin<sup>94</sup>, und auch in Schwerin wurde – wohl im Mai 1945 – für 80 bis 100 deutsche Kriegsgefangene eine entsprechende Schulung durchgeführt<sup>95</sup>.

<sup>94</sup> Eggert, Oskar: Das Ende des Krieges und die Besatzungszeit in Stralsund und Umgebung 1945–1946, Hamburg 1967, S. 182f.

<sup>95</sup> Vgl. Mai, Joachim: Die Rolle der Sowjetunion bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1949, dargestellt am Beispiel Mecklenburgs, in: Jahrbuch für Geschichte Bd. 28 (=1983), S. 193–234, S. 196.

## II. Besetzung

### 1. Kriegsende

Ende 1944 standen an der Ostfront den rund 100 deutschen Divisionen 400 sowjetische Infanteriedivisionen und 100 selbständige Panzerverbände gegenüber. Der Operationsplan Schukows, der sich im Juli 1944 im Moskauer Hauptquartier für einen Vorstoß nach Ostpreußen ausgesprochen hatte, scheiterte am Widerstand der Wehrmacht. Zwar nahm die sowjetische Armee nach monatelangen Versuchen, die 100000 ihrer Soldaten mit dem Leben bezahlten,<sup>1</sup> im Oktober 1944 in Ostpreußen einige Grenzorte ein, doch konnte sie vom Reichsgebiet wieder verdrängt werden. Ab Anfang November 1944 stand die Rote Armee an den strategischen Flügeln in Verteidigungsstellung. Sie beabsichtigte, so Stalins Planung, erst Anfang 1945 Ostpreußen sowie Pommern zu umgehen und über die Weichsel nach Westen vorzustoßen,<sup>2</sup> um in zwei Hauptstoßrichtungen und in zwei zeitlich versetzten Phasen den Entscheidungsschlag gegen die Wehrmacht zu führen. Die Festlegung der strategischen Planungen im November 1944 beinhaltete auch das Diktat Stalins, daß die deutsche Reichshauptstadt durch Truppen unter der Führung von Marschall Schukow, Stalins Erstem Stellvertreter als Oberbefehlshaber, erobert werden solle, weshalb Schukow am 16. November 1944 zum Befehlshaber der 1. Belorussischen Front ernannt wurde.<sup>3</sup>

Der Vorstoß über die Weichsel war für den 20. Januar 1945 vorgesehen. Auf Bitten der wegen der deutschen Ardennenoffensive besorgten Briten trat die sowjetische Armee jedoch schon am 12. Januar 1945 auf einem 700 Kilometer langen Abschnitt zur Offensive an. Am 30. Januar erreichten ihre Spitzen bei Küstrin die Oder. Unbehelligt überquerten sie den zugefrorenen Fluß und bildeten beim Dorf Kienitz einen ersten Brückenkopf. Wenige Tage später überschritten sie auch bei Reitwein, südlich von Küstrin, und bei Frankfurt den Fluß und bildeten am Westufer weitere Ausfallplätze. Damit gelangten die ersten Abteilungen der 1. Belorussischen und der 2. Ukrainischen Front Ende Januar 1945 auf das Gebiet der späteren SBZ, nur 65 Kilometer von Berlin entfernt. Nach den Vorstellungen Stalins und der Befehlshaber der Fronten sollte

<sup>1</sup> Chiodo, Marco Picone: *Sterben und Vertreibung der Deutschen im Osten 1944–1949*, Berlin 1993, S. 25.

<sup>2</sup> Solotarew, W. A. (Hg.): *SSSR i Polscha, 1941–1945; K istorii wojennowo sojusa, Dokumenty i materialy*, (=Russki archiw: Welikaja otetschestwennaja, Bd. 14/3 (1)), Moskwa 1994, S. 192.

<sup>3</sup> Stemenko, *Generální stáb 1973*, S. 307.

diese Offensive ohne Unterbrechung bis zur Einnahme Berlins fortgesetzt werden, und tatsächlich erteilte Marschall Schukow bereits am 4. Februar 1945 den Befehl zum Sturm auf Berlin.

Die Reichshauptstadt sollte, so die Planung, am 15./16. Februar 1945 eingenommen werden.<sup>4</sup> Am gleichen Tag, an dem Schukow den entsprechenden Befehl erteilte, am 4. Februar also, übermittelte Stalin zu Beginn der Konferenz von Jalta Roosevelt und Churchill seine optimistische Einschätzung der militärischen Lage.<sup>5</sup> Nichtsdestoweniger wurde Schukows Angriffsbefehl kurz darauf von Stalin persönlich aufgehoben.<sup>6</sup> S. M. Schtemenko, damals stellvertretender Chef des Generalstabes, erklärte dies später damit, daß die Rote Armee Anfang Januar am linken Oder-Ufer durch unerwartet starken deutschen Widerstand zum Stehen gebracht worden sei.<sup>7</sup> Überdies habe Stalins kategorische Entscheidung, daß Berlin durch die 1. Belorussische Front unter Schukow eingenommen werden sollte, die Planungsarbeit äußerst kompliziert.<sup>8</sup> Infolge des unterschiedlichen Vormarschtempos traten tatsächlich schwerwiegende Koordinationsprobleme zwischen den Heeresgruppen Schukow und Rokossowski auf. Aber auch politische Überlegungen des Generalstabes bei der Durchführung der Berliner Operation sprach Schtemenko offen an und wies dabei insbesondere auf Churchills Botschaft an Roosevelt vom 1. April 1945 hin, in der der Brite die Eroberung Berlins durch die Westalliierten für politisch opportun erklärte.<sup>9</sup> Der Moskauer Befehl zur Beschleunigung des Sturmes auf Berlin erfolgte bezeichnenderweise noch am gleichen Tag. Am 16. April 1945 begannen die 1. Belorussische Front unter Marschall Georgi K. Schukow (zwischen Schwedt und Frankfurt), im Norden die 2. Belorussische Front unter Marschall Konstantin K. Rokossowski und im Süden die 1. Ukrainische Front unter Marschall Iwan S. Konew sowie die 1. und Teile der 2. Polnischen Armee, insgesamt sechs Panzerarmeen und nahezu 200 Divisionen Infanterie und Artillerie in einer Gesamtstärke von mehr als zwei Millionen Mann, die sogenannte Berliner Operation. Die 1. Belorussische Front unter Schukow rückte mit 900000 Männern und Frauen,<sup>10</sup> 3155 Panzern und genausovielen Flugzeugen sowie etwa 17000 Geschützen<sup>11</sup> gegen etwa 500 Panzer und 650

<sup>4</sup> So Tschuikow, zit. bei Schukow: *Erinnerungen und Gedanken 1976*, Bd. 2, S. 306.– Laut Schtemenko am 25.–28. Feb., vgl. Stemenko, *Generální stáb 1973*, S. 310.

<sup>5</sup> Churchill, Winston S.: *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. VI/2, Bern 1954, S. 9ff.

<sup>6</sup> Vgl. Mastny, Vojtech: *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München 1980, S. 289f.

<sup>7</sup> Stemenko, *Generální stáb 1973*, S. 310.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 319.

<sup>9</sup> Vgl. Churchill, *Weltkrieg 1954*, S. 143f.

<sup>10</sup> Frauen hatten im Mannschaftsbestand der Roten Armee im Krieg einen Anteil von mehr als zehn Prozent. Sie dienten in der Regel im Nachschub-, Kommunikations- und Sanitätswesen, aber auch in Kampfverbänden der Luftwaffe.

<sup>11</sup> 700000 Mann laut W. D. Sokolowski, vgl. Solotarew, *Bitwa sa Berlin 1995*, S. 574; 900000 laut Kriwoschejew, G. F. u. a.: *Grif sekretnosti snjat. Poteri Wooruschonnych sil SSSR w woinach, bojowych deistwijach i wojennykh konfliktach. Statistitscheskoje issledowanije*, Moskwa 1993, S. 219–220.

Geschütze der nominellen 15 Divisionen der deutschen 9. Armee unter General Busse vor, deren tatsächliche Kampfstärke höchst unterschiedlich – zwischen 60000 und 200000 Mann – beziffert wird. Berliner Vororte erreichten die stark überlegenen sowjetischen Verbände am 23. April, am 2. Mai kapitulierte der Stadtkommandant. Die sowjetischen Verluste während der gesamten Operation betragen über 80000 Tote und mehr als 280000 Verletzte;<sup>12</sup> die deutschen bezifferte Schukow 1945 mit 150000 Toten und 300000 Gefangenen.<sup>13</sup>

Nach Abschluß dieses Unternehmens und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht standen sowjetische Truppen auf der Linie Wismar – Schwerin – Wittenberge – Magdeburg – Dessau – Wittenberg – Torgau – Meißen. Britische Truppen im Norden und amerikanische im Süden hatten gemeinsam nahezu die Hälfte des Territoriums der späteren Sowjetischen Besatzungszone mit acht Millionen Einwohnern (Stand von 1939) eingenommen. In der ersten Juli-Woche rückte die Rote Armee vereinbarungsgemäß in die von den amerikanischen und britischen Verbänden geräumten Gebiete in Mittel- und Norddeutschland (Thüringen, Sachsen-Anhalt, westliche Teile von Sachsen und Mecklenburg) ein. Im Gegenzug für den am 5. Juli 1945 vollzogenen Besatzungswechsel wurde am 12. Juli mit der Alliierten Kommandantur (Allied Kommandature, Sojusnaja Komendatura) eine gemeinsame Besatzungsverwaltung für die ehemalige Reichshauptstadt errichtet. Nach dem Stand vom 29. November 1946 umfaßte die Sowjetisch Besetzte Zone 107 600 000 qkm, in ihr lebten damals 18,5 Millionen Deutsche.<sup>14</sup> Die ab 1. November 1945 eingeführte einheitliche Lebensmittelnorm sah eine tägliche Ration von 350 g Brot, 20 g Nahrungsmittel, 20 g Zucker, 30 g Marmelade, 25 g Fleisch und 10 g Fett für Arbeiter vor, Angestellte und Nichtberufstätige hungerten unterhalb dieser statistischen Planungswerte.<sup>15</sup>

<sup>12</sup> Ebenda, S. 220.

<sup>13</sup> Vgl. Press-konferenzija Glawnokomandujuschschewo SOWWG o chode i itogach Berlinskoi operazii/7 ijunja 1945, in: Solotarew, Bitwa sa Berlin 1995, Dok. Nr. 271, S. 426–430, hier S. 427. – Es existieren noch höhere Angaben. Ein sowjetischer Stabsobersb bemängelte schon damals, daß nach den Berichten der einzelnen Armeen mehr deutsche Soldaten vernichtet worden seien als überhaupt teilgenommen hätten (vgl. Solotarew, Bitwa sa Berlin 1995, S. 507). Der SPIEGEL 15/1995, S. 178, berichtete von 304 887 toten Rotarmisten und 500 000 Toten auf deutscher Seite. Hierbei handelt es sich lediglich um eine journalistische Darstellung alter sowjetischer militärischer „Verlustmeldungen“, die nicht zwischen Toten, Verletzten, Kranken und Gefangenen unterscheiden. – 480 000 deutsche Kriegsgefangene in der Berliner Operation laut: Posnjak, B. G.: Sawerschajuschtschije udary po wragu, in: Wojenno-istoritscheski schurnal 1965, S. 26–35, hier S. 33.

<sup>14</sup> Oswoboditelnaja missija sowetskich wooruschonnych sil wo wtoroi mirowoi woine, Moskwa 1971, S. 131.

<sup>15</sup> Vgl. Vereint auf dem Weg zum Sozialismus. Geschichte der Landesparteiorganisation Sachsen-Anhalt der SED 1945 bis 1952, hg. von der Bezirksleitungen Halle und Magdeburg der SED, Halle-Magdeburg 1986, S. 184.

## 2. Deutsche und Russen

Das Verhältnis der ostdeutschen Bevölkerung zu den sowjetischen Eroberern und Besatzern war vielschichtig, komplex und oft widersprüchlich. Um die Vorbelastungen, Probleme und Gegensätze zu illustrieren, die für das Verhältnis zwischen SMAD und der Bevölkerung in der SBZ bestimmend wurden, seien im folgenden kaleidoskopartig aus den Quellen und Erinnerungen der Zeit jene Bildauschnitte zusammengestellt und hinterfragt, welche vor dem Hintergrund der Goebbelschen antisowjetischen Propaganda während des Krieges und vielfach befördert durch den unmittelbaren Anschauungsunterricht im Besatzungsalltag dazu führten, daß Distanz und Fremdheit zwischen Besatzern und Besetzten letztlich unaufhebbar blieben.

Der Landkrieg hinterließ in der Zivilbevölkerung Ostdeutschlands andere Narben als der Luftkrieg im Westen. Einen Eindruck über den erbitterten Widerstand der Wehrmacht vermitteln die Verlustmeldungen der 1. Belorussischen Front für den Monat August 1944: In den ersten zwei Wochen waren 40000 deutsche Soldaten gefallen,<sup>16</sup> am Monatsende 116000, bei nur 2844 Gefangenen.<sup>17</sup> Bilder von Truppenteilen der Wehrmacht, die beim Übergang des Gegners über die Weichsel durch massives Artilleriefeuer mit Mannschaft und Gerät in Grund und Boden gestampft wurden, prägten sich Soldaten ein. Über die konkreten Details der Kriegsführung waren selbst hartgesottene NKWD-Offiziere in der nachrückenden Etappe schockiert, wie Berichte an Stalin über das Geschehen in Königsberg, das am 9. April fiel, oder Breslau, das erst in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai kapitulierte, belegen. Das Ostheer, in dem seit 1943 die Parole „Der letzte Kamerad ist in Stalingrad gefallen“ grassierte, hielt immer mehr nur noch die durch Feldpolizei und SS von außen aufgezwungene „eiserne Disziplin“ zusammen. Generalfeldmarschall Schörners Eidestreu über den Tod des „Führers“ hinaus, der in völliger Verkenntnis der Lage die Heeresgruppe Mitte mit fast einer Million Mann nach Süden geschickt hatte, desavouiert manch späteren Rechtfertigungsversuch.

Die Berührung der gegnerischen Truppen mit der deutschen Zivilbevölkerung fiel lokal und regional recht unterschiedlich aus. Als die sowjetische Armee im Oktober 1944 in einige Grenzorte Ostpreußens vorstieß, kam es zu Massakern an der durch Frauen, Kinder und Invalide geprägten Zivilbevölkerung. Über ähnliche Einzelfälle in der zweiten Januarhälfte 1945 wurde aus Oberschlesien berichtet. Die vorliegenden Daten über solche Gewaltakte sind allerdings unscharf und bedürfen daher zurückhaltender Interpretation;<sup>18</sup> sie

<sup>16</sup> Meldung Konew, Sokolowski, Krainjukow an den Oberbefehlshaber vom 23. Aug. 1944, in: Solotarew, SSSR i Polska 1994, Dok. Nr. 48, S. 238–239.

<sup>17</sup> Solotarew, SSSR i Polska 1994, Dok. Nr. 53, S. 243–244.

<sup>18</sup> In dem 1944 in Berlin veröffentlichten Untersuchungsbericht einer internationalen Ärztekommision über das Massaker von Nemmersdorf vom 20. Oktober 1944 war von 71 Frauen und Kindern die Rede, nur am Rande wurde ein alter Mann als Opfer genannt (vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. von Theodor

sind nicht nur vor dem Hintergrund des Kampfgeschehens, sondern auch im Zusammenhang mit der deutschen Kriegsführung im Osten zu sehen. Außer dem psychologischen Moment des Vordringens der Roten Armee über die Reichsgrenze hinweg ist bei den Vorfällen in Oberschlesien auch die Nähe des Vernichtungslagers Auschwitz in die Waagschale zu legen: Der Bericht an Stalin über die Befreiung des Lagers spricht offen von Kannibalismus unter den Häftlingen. Befreite und einigermaßen diensttaugliche sowjetische Häftlinge wurden sofort an die Front geschickt. Der Krieg gegen Deutsche war ein Spiegelbild des Krieges der Deutschen: Mehr als eine Million sowjetischer Soldaten gelangte unmittelbar aus deutscher Kriegsgefangenschaft und Lagerhaft meistens in die Sturmverbände der Roten Armee.<sup>19</sup>

Über das Verhalten der sowjetischen Kampftruppen liegen nur sehr lückenhafte Angaben vor. Es ist auffällig, daß auch die als Feldpolizei fungierenden NKWD-Verbände in ihren Dienstberichten dieses Thema meiden. Wie repräsentativ die wenigen Blicke sind, die beispielsweise von der US-Armee über die sowjetische Kriegsführung dokumentiert sind, bleibt ein Geheimnis. Ausichtslos erscheint es zudem, ein traumatisches Geschehen mit zahllosen individuellen Tabuisierungen plausibel zu strukturieren. Assoziationen mit Vernichtung sind durch deutsche Kriegsgefangene und Zwangsinternierte vereinzelt geäußert worden, doch die Wirkfaktoren sind sehr zahlreich. Unklar war schon der Kombattantenstatus beispielsweise des Volkssturms, der uniformierten Eisenbahner, der Feuerwehrleute oder gar der Angehörigen des Roten Kreuzes. Von den etwa 800 000 in Ostdeutschland kriegsgefangenen Wehrmachtssoldaten kamen noch vor dem Abtransport in die Sowjetunion 100 000 ums Leben.<sup>20</sup>

Die zivilen Opfer der Kampfhandlungen und der ersten Wochen der Besatzung werden östlich der Oder-Neiße-Linie auf zwei bis drei Prozent der Bevölkerung geschätzt, zwischen 75 000 und 100 000 Menschen.<sup>21</sup> Zeugenaussa-

Schieder, Bd. I/1, Bonn 1954, S. 7f., auch Chiodo, *Sterben und Vertreibung* 1993, S. 24). Laut einem damals in der Schweiz erschienenen Bericht eines Augenzeugen seien in Nemmersdorf 30 Männer, 20 Frauen und 15 Kinder massakriert worden (vgl. Chiodo, *Sterben und Vertreibung* 1993, S. 26). – Über einen ähnlichen Vorfall am 27. Januar 1945 wurde aus dem oberschlesischen Grenzort Mechtal, Kreis Beuthen-Tarnowitz (Miechowitz, polnisch: Miechowice) berichtet. Die Angaben über die Zahl der dort getöteten Männer schwanken zwischen 99 und 900 (vgl. Grabowski, Monika: Reportage, in: *Polskie Radio Warszawa* vom 30. Juni 1990). – Von „Rachehandlungen“ in Ostpreußen sprach auch Marschall Rokossowski (vgl. *Wojenno-istoritscheski schurnal* 2/1965, S. 25–28).

<sup>19</sup> Fast eine Million laut Semirjaga, *Kak my upravljali Germanijej*, Moskwa 1995, S. 195 f. Nach amtlichen Angaben 1,23 Millionen ehemalige Kriegsgefangene und 415 000 zum Kriegsdienst mobilisierte ehemalige Zwangsarbeiter. Vgl. Scherwjakow, A. A.: *Gitlerowski genozid i repatriacijzija sowetskowo nasselenija*, in: *Ljudskije poteri SSSR w period wtoroj mirowoi woyny*, St. Peterburg 1995, S. 181. – Die ehemaligen Kriegsgefangenen wurden in sogenannten Besonderen Sturm-Schützen-Abteilungen erfaßt, die im Krieg vollständig aufgerieben wurden.

<sup>20</sup> Vgl. Zeidler, *Krieg* 1996, S. 179.

<sup>21</sup> Dokumentation der Vertreibung 1954, S. 65f.; Nawratil, Heinz: *Die deutschen Nachkriegs-*

gen liegen für etwa 25 000 gewaltsame Tötungsfälle in den Heimatorten oder auf der Flucht vor. Obwohl diese Zahlen unvollständig sind, weil bei rund einem Fünftel der in der Erinnerung überlieferten Tötungsfälle keine genauen Opferzahlen vorliegen, seien sie hier angeführt,<sup>22</sup> denn neuerdings werden auch weit höhere Zahlen genannt.<sup>23</sup> Die vom Statistischen Bundesamt für das gesamte Vertreibungsgebiet ermittelten sogenannten statistischen Verluste lagen 1950 bei 3,2 Millionen, zu einem Drittel handelte es sich um gefallene Soldaten.<sup>24</sup> Angaben über Gesamtverluste unter der Zivilbevölkerung der späteren SBZ in unmittelbarer Folge von Kriegshandlungen und Besetzung liegen nicht vor. In Anlehnung an die für die Ostgebiete errechneten Werte schätzt sie Nawratil ebenfalls auf zwei bis drei Prozent der Einwohnerschaft, etwa 240 000 Menschen.<sup>25</sup>

verluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, München u.a. 1986, S. 55, bezeichnet diese Werte als „zu vorsichtig geschätzt“. Der Anteil der Morde der Roten Armee an den Vertreibungsverlusten sei in Wirklichkeit doppelt und dreifach höher gewesen. Vgl. hierzu auch: Zeidler, Manfred: Der Krieg im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996, S. 145. Der polnische Historiker Madajczyk, Piotr: *Przylaczenie Slaska polskiego do Polski 1945–1948*, Warszawa 1996, S. 83, nennt unter Berufung auf deutsche Literatur 400 000 Todesopfer, davon 200 000 Opfer sowjetischer Arbeitslager, 120 000 durch die Rote Armee Getötete sowie 60 000 Opfer polnischer Zwangsmaßnahmen. – Bei der hier vorgenommenen vorsichtigen Einordnung wurden auch amtliche sowjetische, polnische und tschechische Quellen herangezogen, die sich (im politisch-geographischen Sinn) auf fremde Gebiete bezogen, im topo- und ethnographischen Sinn aber vielfach deutsche Siedlungsgebiete betrafen.

<sup>22</sup> Vgl. Zeidler, Krieg 1996, S. 145.

<sup>23</sup> So nennt Steinberg, Heinz Günter: *Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg*, Bonn 1991, S. 122, für Schlesien, wo ca. 600 000 Deutsche von der Roten Armee überrollt wurden und wohin nach der Kapitulation 1,2 von den geflohenen 1,4 Millionen aus dem Sudetengebiet und aus westlich der Oder gelegenen Gebieten zurückgekehrt waren, 80 000 Ziviltote im Verlauf von Kampfhandlungen sowie weitere weit über dreihunderttausend Opfer, die in mittelbarer Kriegsfolge ermordet oder umgekommen seien.

<sup>24</sup> Das Bundesamt für Statistik bewertete aufgrund von Volkszählungsdaten die Kriegs- und Nachkriegsverluste in den Ostgebieten des Reiches mit 1,88 Millionen (d.i. 19,6 Prozent der Bevölkerung von 1939) und im gesamten Vertreibungsgebiet mit 2,11 Millionen Zivilisten (Opfer von Kriegshandlungen und Luftkrieg, Vertreibungsverluste) sowie weiteren 1,1 Millionen Wehrmachtssterbefällen, insgesamt 3,2 Millionen (18,8 Prozent der Bevölkerung von 1939); vgl. *Wirtschaft und Statistik*, 8. Jg., Heft 10 [Okt. 1956], S. 493–500 sowie *Wirtschaft und Statistik*, 10. Jg., Heft 8 [Aug. 1956], S. 600–604. – Andere Zahlen nennt u.a. Steinberg, *Bevölkerungsentwicklung 1991*, S. 104, mit 2,8 Millionen im Krieg und danach umgekommenen Vertriebenen sowie 1,1 Millionen aus den Ostgebieten stammenden gefallenen Wehrmachtsangehörigen; oder der Statistiker Dr. Gerhard Reichling, der die Gesamtverluste bis 1950 mit 1,64 Millionen Toten auf der Flucht und bei der Vertreibung sowie infolge der Besetzung, ferner weiteren 589 000 Todesfällen unter in die Sowjetunion deportierten Deutschen schätzt; in: Sander, Helke; Johr, Barbara (Hg.): *BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder*, München 1992, S. 60.

<sup>25</sup> Nawratil, *Nachkriegsverluste 1986*, S. 56. – Diese Zahl erscheint zu hoch gegriffen; zwischen zwei und drei Prozent bewegten sich damals die sogenannten Finalverluste sowjetischer Armeeverbände in der Schlacht. In den Quellen lassen sich für derart hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung keine plausiblen Anhaltspunkte finden, wenn man von den zi-